Münsters Arbeitslosenzeitung 6/95
Dezember bis Februar

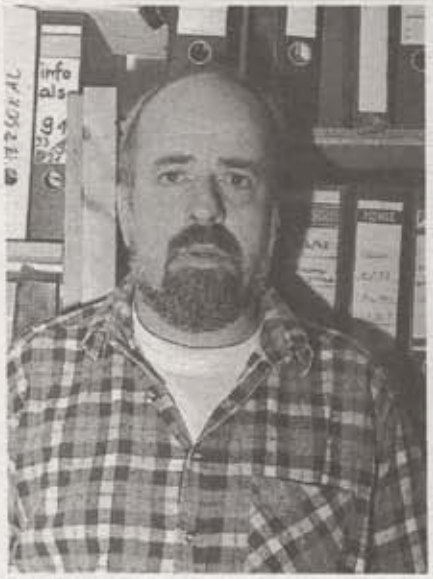
# SPERRE

unsichtig unberechenbar umsonst

Große WEIHNACHTS-VERLOSUNG

# ... kein Lichtlein brennt.

# EDITORIAL



Hallo,
liebe Leserinnen und Leser,

es ist bald Weihnachten, und jeder wartet auf eine Überraschung unterm Weihnachtsbaum. Doch für viele bleibt es nur ein Traum. Aber, wie sagt unser Bundeskanzler: "Es gibt für alle genug." Nun ja.
Seit fünf Jahren ist der Traum vom großen Deutschland wieder da, doch zu welchem Preis? Nach der Wiedervereinigung ist die Situation in unserem Land für viele nicht so geworden, wie unsere Politiker das vorher propagiert haben.
Die neue Situation in unserem Land hat sich für eine bestimmte Gruppe nur als Nachteil erwiesen, nämlich für all jene, die keine Lobby haben. Für viele der betroffenen Personen, die zu dieser Gruppe gehören, ist eigentlich ein hohes Engagement des Staates erforderlich.
"Aber wie?", fragen uns die Bürger dieser Stadt.
Zum Beispiel dadurch, daß die Betriebe mehr Verantwortung für ihre Angestellten und Arbeitnehmer übernehmen, indem sie nicht flüchten in andere Länder, wo die Lohnkosten bis zu 50 Prozent niedriger sind als in unserem Land. Es darf auch nicht sein, daß sie aus Gewinnsucht das Arbeits- und Tarifrecht nicht respektieren.
Vielleicht sollten wir uns überlegen, daß wir nur in Betrieben einkaufen, die diese Rechte respektieren.
Dafür ist allerdings eine Solidarität erforderlich zwischen den Menschen, die Arbeit haben, und denen, die keine Arbeit haben. So, daß bei der nächsten Weihnacht jeder seine Überraschung unterm Tannenbaum findet, und es nicht wieder nur ein Traum bleibt.

Im Namen der *SPERRE*-Redaktion: Frohe Weihnachten und ein gutes 1996 für Sie alle!

(Claude Delattre)

## Jürgen Gosejacob ist tot.

Wir verlieren einen guten Freund.
Wir trauern um den engagierten Mitarbeiter, unseren Macintosh-Crack.
Auch diese Ausgabe hat es wieder gezeigt:

*"Goja, wir vermissen dich an allen Ecken und Enden."*

Anne, Claude, Norbert, Uli und Uwe

# INHALT


**Leserbriefe** Seite 4

Endlich Ordnung in Ihrem Laden
**Bei Anruf - Sam!** Seite 5

Arbeitslose kritisieren Feststellungsmaßnahmen
**"Vertane Zeit!"** Seite 6

Stellungnahme des Arbeitsamtes Münster
**Vertane Zeit?** Seite 9

Bewerbungsnachweise in der Diskussion
**Abgestempelt!?** Seite 10

**Infos - Recht** Seite 13

Kinderschutzbund Münster
**Hilfe statt Strafe** Seite 14

Es reicht hinten und vorn' nicht
**580 DM - Jobs** Seite 15

Interview mit Wolf-Michael Catenhusen, MdB
**Ohne gezielte Hilfen keine Integration** Seite 16

Sam Sperre ermittelt
**Fäuste wie Dynamit** Seite 19

Regierung mutiert zum Grusel-Kabinett
**Schöne Bescherung!** Seite 20

Knauserige Professoren?
**Auf verlorenem Posten ?** Seite 21

Geschichten, Gedichte und Gewinne für kleine Leute
**Kinder, Kinder** ***Unterhaltung nach Mitternacht*** Seite 22

**Rätsel** Seite 23



## Impressum

**Herausgeber:**
Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V., Achtermannstraße 7, 48143 Münster
Telefon und Fax: 0251/51 11 21

**Redaktion:**
Annemarie Besse (abe), Uwe Wiedenstried, V.i.S.d.P.(uwi), Ulrich Wieners (uli)
**Mitarbeit:**
Norbert Attermeyer (noa), Arnold Voskamp (avo), Dirk Nothnagel (nodi)
**Satz und Gestaltung:**
Annemarie Besse, Uwe Wiedenstried, Ulrich Wieners, Nadja Sommer (Titelseite)
**Fotos:**
Annemarie Besse, Uwe Wiedenstried, Norbert Attermeyer, Claude Delattre, *SPERRE*-Archiv
**Karikaturen:** Frank Hegemann
**Anzeigen und Spenden:**
Claude Delattre, Ulrich Wieners, Norbert Attermeyer

**Druck:** Lensing-Wolff
**Auflage:** 15.000
**Bankverbindung/ Spendenkonto:**
BfG-Bank
BLZ 400 401 11
Kto. 102 121 3400

LeserInnenbriefe an den Herausgeber. Das Urheberrecht für die Beiträge liegt bei den jeweiligen Autoren.

**Anzeigenpreisliste vom 26.6.95**
**Nächste Ausgabe: 26.02.1996**

KNEIPE
FRAUENSTR. 24
DURCHGEHEND
TÜRKISCHE KÜCHE
AUCH ZUM MITNEHMEN!
MO–FR VON 5.30–1 UHR
SA UND SO VON 12–1 UHR

## Zwölf Prozent Abzug bei der Arbeitslosenhilfe

Bekanntlich hat am 2. November 1995 das Bundeskabinett per Gesetz die Arbeitslosenhilfe ab 1. April 1996 pauschal um fünf Prozent jährlich gekürzt. Wer nun von den Betroffenen glaubt, daß damit die Angelegenheit gegessen ist, wird bei Eintreffen des Bescheides zum 1. April 1996 vom Hocker fallen; denn diese Fünf-Prozent-Punkte werden nicht von der jetzigen Arbeitslosenhilfe abgezogen, sondern der letzte erzielte Nettolohn wird die Berechnungsgrundlage darstellen. Das hat gravierende Folgen, denn da werden die von der Regierung proklamierten fünf bald zu zwölf Prozent, zumal auch noch die Sozialabgaben (Renten- und Krankenversicherung) um ca. 1,5 Prozent steigen. Die durchschnittliche Höhe der Arbeitslosenhilfe beläuft sich zur Zeit auf 850,- DM im Monat.

Nachfolgend einige Berechnungsbeispiele über die zukünftige Arbeitslosenhilfe: jetzige Arbeitslosenhilfe mtl. 400,00 DM = 350,94 DM; 500,00 DM = 438,68 DM; ... 1000,00 DM = 877,36 DM; ... 1200,00 DM = 1052,83 DM, 1300,00 DM = 1140,57 DM. Abzüglich zwischen zwei und drei Prozent Inflationsrate.

Wenn man sich diese Zahlen einmal vor Augen führt, dann versteht sicher jeder, daß es der Koalition sehr viel Mut gekostet haben muß, dieses Gesetz für die Armut durchzusetzen, denn das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat just zum 1. Januar 1996 das Existenzminimum für Verheiratete auf ca. 22.000,- DM im Jahr (ca. 1833,33 DM im Monat) festgesetzt. So wird also das höchste deutsche Gericht von der CDU / CSU und der FDP hintergangen. Aber auch das Bundessozialgericht in Kassel hat von der neuen Höhe des Existenzminimums noch nichts gehört. Kürzlich wurde von diesem Gericht die Sieben-Prozent-Kürzung der Arbeitslosengelder zum 1. Januar 1994 bestätigt. Schon merkwürdig. Oder?

Herbert Elsner, Pohlstraße 9a, 48366 Laer

## Massenarbeitslosigkeit: Die Politik hat versagt

An den hohen Zahlen arbeitsloser Menschen in der Bundesrepublik zeigt sich deutlich das "große Bemühen" der PolitikerInnen, die Arbeitslosenquote zu senken. In unseren Augen haben gerade jene versagt, die von sich behaupten, die Gründe der Massenarbeitslosigkeit zu kennen. Diese im Finanzbedarf des Sozialstaates zu suchen, ist der falsche Weg.

Erstes Argument: "Die Lohnnebenkosten sind zu hoch". Natürlich ist es richtig, daß diese zu hoch sind, nur müssen die PolitikerInnen mal überlegen, wer diese denn in die Höhe getrieben hat! Werden denn nicht Sozialleistungen mißbraucht für den Aufbau Ost? Der Osten braucht unsere Solidarität und Unterstützung, aber nicht auf dem Weg hoher Lohnnebenkosten, denn dies führt zur Massenarbeitslosigkeit.

Was die Neoliberalen wollen: Der Lohn der ArbeitnehmerInnen soll gesenkt werden. Vorbild sind die Löhne der Menschen im Osten Europas. Ein gefährlicher und irreführender Denkansatz, denn in den Niedriglohn-Ländern gibt es die höchsten Arbeitslosenraten.

Zweites Argument: "Die Sozialleistungen sind zu hoch". Es kann nicht angehen, daß die Opfer zu Tätern gemacht werden. Die Politik ist dafür verantwortlich, daß Menschen auf Sozialleistungen angewiesen sind. Und es ist unverantwortlich, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zu kürzen und damit die Betroffenen in eine unmenschliche Lebenssituation zu bringen. Die Arbeitslosen dürfen nicht auch noch dafür bestraft werden, daß sie keine Arbeitsstelle bekommen. Es ist besser, Arbeit zu finanzieren als Sozialhilfe.

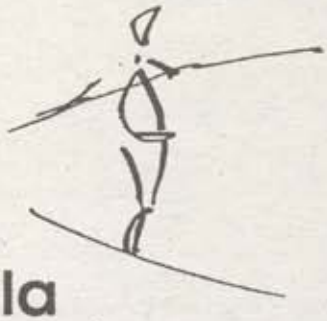
Eines ist klar: Wenn die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigt wird, haben wir alle die Folgen zu tragen, die aus dem sozialen Unfrieden entstehen können. Wir werden es nicht hinnehmen, daß "die kleinen Leute" zur Finanzierung der Arbeitsmarktmisere zur Kasse gebeten werden, während die Gewinne der Unternehmen ständig steigen. Wir fordern die PolitikerInnen aller Parteien - ob Bund, Länder oder Kommunen - auf, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen und soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen. Wir fordern sie auf, besondere Anstrengungen im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen. Denn eines sollten sie wissen: Unterlassene Hilfeleistung wird normalerweise bestraft.

Thomas Jansen
CAJ-Diözesanleitung Münster

Rosta
BUCHLADEN
Aegidiistr. 12, 48143 Münster,
Tel.: 0251 / 4 49 26

Süddeutsche Zeitung
Täglich!
Wirkt ungemein
belebend.

## wir handeln fair!



**la tienda e.V.**
**Eine Welt Laden**

Frauenstr. 3-7 48143 MS 0251/51694
Öffnungszeiten
Mo-Fr 10:00 - 18:00 Sa 10:00 - 13:00


## Kein einsamer Heiliger Abend

Die Martinipfarrei lädt alle Menschen, die den Wunsch haben, den **Heiligen Abend** nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen zu verbringen, zu einer *Offenen Weihnacht* ein. Die Feier beginnt um **19.00 Uhr** in der **Martinipfarrei, Martinikirchhof 11.** Gemeinsames Singen und Essen steht auf dem Programm. Für einen kostenlosen Fahrdienst - besonders für Gehbehinderte - ist gesorgt. Wer ihn benötigt, melde sich bitte am 23. 12. bei Erwin Stroot, **Tel.: 294907.**

## Helden der Arbeit

Die insgesamt geleisteten **Überstunden** der beiden letzten Jahre entsprechen der Arbeitszeit von **1,7 Millionen Vollzeitstellen** (laut Studie des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW).

## Obdachlose:
### Unterkunft bei Eiseskälte

Münsteraner/-innen können mithelfen, daß ihre wohnungslosen Mitbürger/-innen sich durch Übernachtung bei winterlicher Kälte nicht zusätzlichen Gefahren aussetzen. Dem Sozialamt stehen ausreichend Unterkünfte der Wohnungslosenhilfe zur Verfügung. Hinweise auf im Freien übernachtende Menschen bitte an **H. Berkemeier, Tel. 492-5031 (Sozialamt).**


## Zahnweh?

Montags-Freitags
13-18 Uhr
Dortmunderstr 11
Tel. 665761

LILALEEZE
FRAUENFAHRRADWERKSTATT

## Schweißerkurse

für Bastler und Profis. Kursleitung übernimmt qualifizierter Lehrschweißer und Schweißfachmann zu günstigen Preisen. Weiterhin erledigen wir alle Schweißarbeiten und kleine Reparaturen.

## Autowerkstatt Osso

Legen Sie selber Hand an, ob Hebebühne, Lackierkabine oder Schlossereimaschinen - bei uns ist alles zu mieten.

**Info 0251/20744**


## Bei Anruf - Sam!

### Der kostenlose Zeitungsständer, der für Ordnung in Ihrem Laden sorgt.

Die meisten Privatdetektive sind nicht gerade billig. Sam Spade und Philipp Marlowe rührten keinen Finger, bevor ihre Klienten nicht 250 Mäuse plus Spesen am Tag locker machten. Unseren Meisterdetektiv Sam Sperre bekommen Sie umsonst. Wenn Sie eine Kneipe, ein Café, einen Buchladen, ein Antiquariat, einen Laden o.ä. besitzen, stellen wir Ihnen auf Wunsch gerne einen dieser dekorativen Zeitungsständer her. Lieferung und eventuelle Installation sind im Service inbegriffen. Die Figur ist aus leichtem, schwarz-weiß lackiertem Sperrholz. Sie ist 70 cm hoch und 25 cm breit. Sechs von diesen 'Sammy-Boys' haben wir schon aufgehängt. Der smarte Sam ist nicht nur ein attraktiver Blickfang; er sorgt auch für Ordnung in ihrem Laden. Oder ärgern Sie sich nicht oft darüber, wenn die Zeitungen überall 'rumfliegen? Damit ist jetzt Schluß. Wie Sie unseren Sam buchen können? Ganz einfach: Anruf genügt. **(Tel.: 51 11 21)**

*Dies könnte der Beginn einer großen Freundschaft sein.*

**Wer an einem zweimonatigen *Lehrgang zur beruflichen Orientierung* von Langzeitarbeitslosen teilnimmt, kann etwas erzählen. Meistens allerdings wenig Positives. Die sogenannten *Feststellungsmaßnahmen* (siehe S. 8) erregen den Unmut vieler TeilnehmerInnen. Sie fühlen sich zu wenig informiert und unter Druck gesetzt. Ihnen fehlt ein strukturiertes und auf ihre Situation zugeschnittenes Programm. Auch wenn einzelne Aspekte der Kursinhalte Sinn machen, das generelle Fazit lautet in fast allen Fällen: *Eine Orientierung hat mir dieser Kurs nicht gegeben.* Die *SPERRE* sprach mit vielen TeilnehmerInnen noch laufender und bereits beendeter Kurse. Wir dokumentieren einen Ausschnitt dieser Gesprächsprotokolle, um einen Anstoß zu einem offenbar notwendigen Klärungs- und Diskussionsprozeß zu geben. Die Aussagen sind nicht willkürlich gewählt, sondern geben eine allgemeine Stimmung wider. Dem Wunsch unserer GesprächspartnerInnen folgend wahren wir deren Inkognito. Wir nennen keine Namen und machen auch keine Hinweise auf Geschlecht, Alter, Beruf, Ausbildung oder Kurszugehörigkeit. Alle Angaben sind authentisch. Alle Anschriften sind der Redaktion bekannt. Die Aussagen beziehen sich auf Orientierungslehrgänge im *Institut für Berufsförderung und Weiterbildung Münster e.V. (IBW)*, in der *gemeinnützigen Gesellschaft für Kommunikation, Selbstmanagement, Karriereplanung ... (GKS)* und in der *Bildungsinitiative Münster GBR*. Die *SPERRE* will in dieser Frage die Rolle eines Dokumentars und Mittlers zwischen den Meinungen spielen. Deshalb bieten wir allen Beteiligten, Betroffenen und Interessierten die Möglichkeit, sich in der nächsten *SPERRE* zu äußern. Dieses Angebot richtet sich ausdrücklich auch an die genannten Bildungsträger.**

## FESTSTELLUNGSMASSNAHMEN:

# "Vertane Zeit!"

## Arbeitslose kritisieren *Lehrgänge zur beruflichen Orientierung*

**Wie sind Sie in den Kurs gekommen?**

**A:** Ich erhielt ein Schreiben des Arbeitsamtes, in dem stand, *"ich möchte mit Ihnen über Fragen Ihrer beruflichen Fortbildung/Umschulung sprechen"*. Ich wurde gebeten, direkt in das Gebäude des Weiterbildungsträgers zu kommen. Der Weiterbildungsträger war nur mit seinem Buchstabenkürzel in dem Schreiben erwähnt worden. Ich hatte keine Ahnung, was sich dahinter verbarg. Es gab weder eine Erklärung noch ein Faltblatt o.ä. über den Weiterbildungsträger. Das Gespräch entpuppte sich dann als Einführungsveranstaltung für einen *Lehrgang zur beruflichen Orientierung* von Langzeitarbeitslosen. Es waren ca. 30 bis 40 Personen anwesend. Zwei Vertreter des Institutes stellten das Programm vor. Ein Vertreter des Arbeitsamtes war auch dabei. Nach der Vorstellung des Programms mußten die Dagebliebenen zu Einzelgesprächen mit dem Vertreter des Arbeitsamtes. Er sagte mir, er halte es für sinnvoll, daß ich an dem Kurs teilnehme, um selbst Alternativen für mich zu finden. Ich wußte aber genau, was ich machen wollte. Ich sagte ihm, daß ich eine Ausbildung zum ..... machen wollte und deshalb dabei war, auf einer Abendschule meine Mittlere Reife nachzumachen. Ich sagte ihm: 'Ich sehe für mich in dem Kurs keinen Sinn'. Er antwortete: 'Ich möchte, daß Sie dort erscheinen'. Ich sollte mich sofort entscheiden. Er legte mir einen Antrag auf Unterhaltsgeld vor, der schon auf meinen Namen ausgefüllt war. Ich mußte nur noch unterschreiben. Mir war klar, daß ich eine Sperrzeit kriege, wenn ich Nein sage. Ich fühlte mich unter Druck. Kannste halt nicht ändern, hab ich gedacht. Ich wollte es einfach nur schnell hinter mich bringen. Ich bin unter falschen Voraussetzungen eingeladen worden und habe mich überrumpelt gefühlt.

**B:** Erst bei dieser Veranstaltung stellte sich heraus, daß es darum ging, sich für einen Orientierungslehrgang anzumelden. Aus dem Schreiben war das nicht zu erkennen. Die Formulare für Unterhaltsgeld, Fahrtkosten und so waren schon vorher auf meinen Namen ausgefüllt. - Überrumpelungsmäßig!

**C:** Ich wurde zu einer Einführungsveranstaltung an einem Montag eingeladen. Es waren ca. 70 Leute da. Wer an dem Kurs nicht teilnehmen wollte, sollte sich bis Freitag eine Alternative überlegen. Dazu werde man zu einem persönlichen Gespräch ins Arbeitsamt eingeladen.

**D:** Ich wurde dann zu einem persönlichen Gespräch gebeten. Ich sagte, daß ich die Teilnahme für nicht sinnvoll hielte, weil ich zwei Jahre vorher ein dreiwöchiges Bewerbungstraining der IHK mitgemacht hatte. Noch während des Gesprächs wurde, ohne mich zu fragen, das Anmeldeformular ausgefüllt.

**E:** Ich wurde zu einem Einzelgespräch ins Arbeitsamt eingeladen. Ich sollte mich zu einem Orientierungslehrgang anmelden. Ich wollte eigentlich andere Sachen machen, und habe auch konkret gesagt welche. Das interessierte nicht. Ich fühlte mich vor die Alternative gestellt: Teilnahme oder kein Geld. Ich hatte keine Wahl.

*Man lernt nie aus. - Wirklich? Langzeitarbeitslose fühlen sich nicht ernst genommen, wenn sie wie zu seligen Lausbubenzeiten mit Äpfeln und Birnen rechnen sollen .*

*"Wieviel DM kosten 18 kg Äpfel, wenn 5 kg DM 8,75 kosten?" (Originalaufgabe aus einem Lehrgang zur beruflichen Orientierung)*

Fotos: *Wieners / Besse*

**Mit welchen Erwartungen sind Sie in den Kurs gegangen?**

**E:** Ich habe mir nichts davon versprochen; nicht unter Zwang. Das Programm war so allgemein gehalten, daß ich mir nichts darunter vorstellen konnte.
**F:** Die Kursleitung sagte, das Programm sei nur ein grober Plan, hauptsächlich wolle man sich nach den Bedürfnissen der Teilnehmer orientieren. Das sprach mich erst einmal an.
**C:** Keine Erwartungen. Der Kurs kostete mich nur Zeit, hielt mich von meiner Promotionsarbeit ab. Die ist für meine berufliche Qualifizierung viel wichtiger.
**G:** Anfangs fand ich die Idee nicht schlecht.

**Welche Kursinhalte haben Sie gestört?**

**E:** Die angekündigte Teilnehmerorientierung war eine Farce. Auf unsere Vorschläge wurde kaum eingegangen. Wir wollten zum Beispiel, daß alle für die Teilnehmer relevanten Umschulungs- und Weiterbildungsangebote einmal vorgestellt werden. Da sollten wir uns doch ans Arbeitsamt wenden. Ich selbst habe Vorschläge gemacht, für die ich dann vorbereitende Arbeiten machen sollte. Hinterher wurden die dann nicht mehr zur Kenntnis genommen. Es gab keine Stunden- oder Zeitpläne, auf die man sich einstellen konnte. Statt dessen bot man uns völlig banale Kommunikationsspiele, die mit unseren Problemen nichts zu tun haben. Eigentlich haben wir nur die Zeit totgeschlagen: Dias gucken, ein Atelier besucht usw. Das war ja ganz nett, brachte aber nichts zum Thema. Es war schlecht organisiert. Es gab soviel Freilauf. Einige haben sich mit Duldung der Kursleitung Bastel-, Strick- und sogar Schnitzarbeiten mitgebracht.
**A:** Unser Kurs bestand hauptsächlich aus Psycho-Spielchen. *Was macht einen glücklichen Menschen aus?* Wir sollten in Kleingruppen in die Stadt gehen und glücklich, zufrieden oder erfolgreich aussehende Menschen nach ihren Lebensstrategien befragen. Diesen Unsinn hat kaum jemand mitgemacht. Das bezieht man doch automatisch auf sich. Da soll man doch denken: *Warum bin ich nicht zufrieden?* Ich bin ins Café gegangen. Währenddesssen mußte die andere Hälfte des Kurses das Gesellschaftsspiel "Skrupel" spielen.
**B:** Ob ich glücklich bin, geht die Kursleitung nichts an.
**C:** Auch in unserem Kurs sollten wir glücklich aussehende Menschen befragen. Ich glaube, ein einziger hat das gemacht.
**A:** Wir sollten mit links unseren Namen an die Tafel schreiben, vorwärts und rückwärts. Die wenigsten haben das getan. Wenn man so etwas nicht machen wollte, wurde immer nachgebohrt: Warum tust du das nicht? Mir wurde das Gefühl vermittelt: Du bist ein Querulant. Mir war das zu blöd. Immer sollte man sich rechtfertigen. Ich hatte das Gefühl, da will jemand mein Privatleben aushorchen.
**B:** Wie eine Gehirnwäsche. Ich fand das unerträglich. Einige Leute zogen sich das echt an. Arbeitslosigkeit wurde wie ein tiefes schwarzes Loch dargestellt. Das war mir viel zu negativ. Die sogenannte Kennenlernphase, das haben wir eigentlich die ganze Zeit über gemacht.
**A:** Die Gruppe war aus den unterschiedlichsten Leuten zusammengewürfelt. Das Programm traf nicht auf die Leute zu. Es herrschte eine unzufriedene, manchmal sogar aggressive Stimmung, weil alle gedacht haben: *Wir sind gezwungen, hier zu sitzen.*
Einmal hat jemand ein Messer auf den Tisch gelegt und gedroht: *Ich stech' euch alle ab.* Die Kursleitung hat erst abgewartet und dann gesagt, er soll das wegstekken.
**B:** Den hätte man von vorneherein rausnehmen sollen.
**A:** Einmal haben wir eine Assessment-Center-Situation durchgespielt. Eine Frau nahm sich die Kritik ihres Beobachters so zu Herzen, daß sie kurz vorm Heulen war. Die ist nicht mehr wiedergekommen.
**B:** Die war richtig schockiert, als sie erfuhr, daß ihr Verhalten beobachtet worden war.
**C :** Die Dozenten haben keine Berechtigung zur Therapie. Das Wort Therapie rutscht ihnen schon mal raus, dann verbessern sie sich aber schnell.
**F:** Ich laß' mich nicht runterziehen.
**C:** In den ersten ein bis zwei Wochen beschäftigten wir uns mit: *Was brauche ich, um mich arbeitslos zu melden.* Das ist doch völlig hirnrissig. In diesen Kursen sitzen nur Leute, die schon seit mindestens einem Jahr arbeitslos sind.

In einem der Weiterbildungsinstitute müssen die TeilnehmerInnen, die überwiegend die Mittlere Reife besitzen, einige sogar Abitur oder Fachabitur, Rechenaufgaben auf dem Niveau der vierten Grundschulklasse lösen. Ein Beispiel: *"Aus einem Inserat: KÄSE, 850g-Kugel, DM 10,20 - a) Wieviel kosten 500g? b) Wieviel Käse erhält man für DM 2,10?"* Der *SPERRE* liegen allein vier DIN A4-Seiten solcher Aufgaben aus nur einem Kurs vor. Im gleichen Kurs lernen die TeilnehmerInnen, ihren Namen mit dem Buchstabieralphabet zu buchstabieren: *Martha, Übermut, Ludwig, Ludwig, Emil, Richard.* Oder sie setzen in 17 Beispielsätze *"das oder daß"* ein.

Schreibübungen werden auch in anderen Instituten gemacht. Manchmal macht das sogar Sinn:
**G:** In meinem Kurs hatte ein Großteil der TeilnehmerInnen Schwierigkeiten mit dem Schreiben und der Kommasetzung. Für

die machte das Sinn. Für die anderen und auch für mich war das aber unter Niveau.
**C:** Ich gehe einfach raus, wenn es mir zu blöde wird. Das interessiert auch niemanden. Ich habe nur *A*'s für "Anwesend" gesammelt.
**D:** Ich fühlte mich wie ein Kleinkind. Ich kam mir verarscht vor. Aus einer festgefahrenen Situation kommt man nur raus, wenn man Vertrauen zu den Dozenten hat. Das Gefühl hatte ich leider nicht.
**G:** In meinem Kurs war ein Drittel immer krank. Ein Drittel hat einfach so gefehlt.
**B:** Ich hielt das irgendwann nicht mehr aus. Dann hab ich mir 'nen gelben Schein geholt.
**C:** Viele von den Kursteilnehmern machen einfach dicht, machen nichts mehr mit.
**A:** Das war ja nicht auszuhalten. Mein Arzt hat mich krankgeschrieben. Die Anwesenheit wurde streng überprüft. Man sollte sofort ein ärztliches Attest vorlegen.

**Gab es auch Positives?**

**E:** Gut fand ich das Vorstellungsgesprächstraining mit der Videokamera oder auch alles, was mit der Optimierung der Bewerbungsunterlagen zusammenhing.
In unserem Kurs gab es auch eine Einzelberatung für jede/n Teilnehmer/in. Das hätte man allerdings in ein bis zwei Wochen realisieren können. Ich kam mit anderen Leuten zusammen, die in einer ähnlichen Situation steckten.
Das war eine eher positive Erfahrung. Das hätte man aber auf freiwilliger Basis und in einem anderen Zusammenhang besser organisieren können.
**C:** Rhetorik fand ich gut. Aber ein Drei-Tages-Kurs in Rhetorik würde mir mehr bringen.
**F:** Man wird aus der Isolation herausgerissen, arbeitet wieder im Team. Man setzt sich den ganzen Tag mit seiner Situation auseinander. Positiv finde ich auch, daß wir Zeugnisse besprechen.

**Was würden Sie ändern?**

**E:** Man sollte das Geld eher für offene Beratungen verwenden, in denen sich Arbeitslose nach Berufsgruppen geordnet zusammenfinden können.
**D:** Die berufsspezifischen Elemente fehlen mir. Wenn Arbeitslose eine Perspektive entwickeln sollen, dann muß man fragen, wo stehen die Leute. Wie ist ihre ganz persönliche Situation?
**F:** Mir fehlt das individuelle Eingehen auf meine Situation. Es ist schlecht, daß die Leute verpflichtet sind, daran teilzunehmen. Es sollte freiwillig sein.
**A:** Die sollten sich vorab mit den Leuten besser unterhalten, um sich ein Bild von ihnen zu machen. Danach sollten sie die Leute für einen Kurs auswählen.
**B:** Auf freiwilliger Basis. Ohne Druck. Sonst bringt das nichts.

**Haben Sie Ihre Kritik geäußert?**

**A:** Ja, die Kursleitung hat gesagt, es sei unsere eigene Schuld, wenn der Kurs beschissen läuft, weil wir das nicht organisieren können.
Es gab zum Schluß einen Bewertungsbogen mit vorformulierten Fragen. Da konnte man Noten verteilen, wie in der Schule. Es gab auch eine Freifläche, in die man zusätzliche Kritik schreiben konnte. Ich habe das nicht gemacht. Die Bögen sollten wir im Rahmen von Einzel-Abschlußgesprächen bei der Kursleitung abgeben. Die hätten dann doch meinen Namen draufschreiben können, nachdem ich rausgegangen war.
**C:** Es war nur zweimal jemand vom Arbeitsamt da. Dabei ging es um Antragstellung und solche Dinge, nicht um ein Feedback zum Kurs.
**E:** Wir haben ständig im Kurs Kritik geübt. Alle haben sich beschwert. Keine Reaktion. Dann haben wir mit unserem Parallel-Kurs abgesprochen, daß jeder seinen Arbeitsvermittler aufsucht. Die meisten haben das auch gemacht. Dort wurde uns die Verantwortung in die Schuhe geschoben. Die Kurse seien schließlich teilnehmerorientiert. Das Konzept bestehe darin, daß die Gruppe sich selbst tragen soll. Wir seien nicht gruppenfähig. In dem Beurteilungsbogen am Schluß habe ich auch kein Blatt vor den Mund genommen.

**Wie lautet Ihr Fazit?**

**A:** Der Kurs hat mich 'ne Menge Nerven gekostet. Ich kann nichts Positives darüber sagen.
**B:** Zeit- und Geldvergeudung. Man könnte es sinnvoller einrichten, wenn man wollte.
**E:** Vertane Zeit!
**F:** Es gab kein klares Konzept, keine erkennbare Marschrichtung. Ich hab meine anfänglich guten Erwartungen schnell runtergeschraubt. Was ich mitnehmen kann, nehme ich mit. Aber: Eine Orientierung findest du da nicht.
**C:** Ein kurzfristiges Bewerbungstraining bringt mehr. Dieser Kurs kostet mich nur Zeit.
**G:** Diese Kurse sind doch nur ein Herumdoktern an den Symptomen, damit die Leute aus der Arbeitslosenstatistik fallen. Das sollte man einfach sagen. *uwi*

**Informationen zum Thema**

## *Feststellungsmaßnahme*

**Begriff:** Feststellungsmaßnahmen sind berufliche Fortbildungsmaßnahmen nach § 2 AFuU (Anordnung über die individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung) basierend auf § 41 AFG (Arbeitsförderungsgesetz).
**Ziele:** Vorhandene Kenntnisse und Fertigkeiten, Eignung für ein konkretes Bildungsziel oder Begabungsschwerpunkte für die Teilnahme an einer Bildungsmaßnahme festzustellen.
**Voraussetzung:** Berufsausbildung bzw. -erfahrung.
**Dauer:** max. zwei Monate (Vollzeit).
**Kriterien:** Die Teilnahme ist an einen Antrag gebunden, um individuelle Eignung und Sinnhaftigkeit der Maßnahme als Förderungsvoraussetzungen (§ 36 AFG) prüfen zu können.
**Zielgruppen:** Langzeitarbeitslose, ungelernte Arbeitnehmer oder Aussiedler und weitere als problematisch angesehene Gruppen, einschließlich Hochschulabsolventen. Die zuständigen Arbeitsvermittler/-berater sind (§ 103 AFG, Verfügbarkeit) verpflichtet, bei der Auswahl der Teilnehmer die Zumutbarkeit nach allen Umständen des Einzelfalles zu berücksichtigen (Zumutsbarkeits-Anordnung).
Dem Arbeitsamt obliegt die Prüfung der Bildungsmaßnahme im Hinblick auf Lehrprogramm, Lehrkräfte, Angemessenheit der Kosten und Zweckmäßigkeit unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes (§ 34 AFG).
**Konsequenzen:** Im Falle der Weigerung teilzunehmen, droht zwölfwöchiger Leistungsentzug. Meistens fertigt der Bildungsträger einen *Bericht* über jeden Teilnehmer an. Dessen Informationen dürfen sich nur auf objektiv beurteilbare Kenntnisse, Fertigkeiten, Begabungen und Eignungen beziehen. Die Betroffenen haben das Recht auf Auskünfte und Einsicht. Folgen der Berichte: a) Das Arbeitsamt beurteilt danach Eignung und Erfolgsaussichten für die Teilnahme an weiteren beruflichen Bildungsmaßnahmen. b) Sie werden bei der Neufestsetzung des Bemessungsentgeltes für die Arbeitslosenhilfe herangezogen.
**Kosten:** Sie werden regelmäßig vom Arbeitsamt übernommen (Kann-Bestimmung!). Die Teilnehmer erhalten Unterhaltsgeld (§ 44 AFG). Zusätzlich trägt das Arbeitsamt die Lehrgangsgebühren. Beispiel GKS/Münster: DM 50,85 je Tag und Teilnehmer, macht bei 40 Kurstagen DM 2034,-. Für einen Kurs mit 20 Teilnehmern sind das DM 40 680,-. *nodi*

Foto: Delattre

**Das Arbeitsamt Münster war, nachdem es einen Vorabdruck der Gesprächsprotokolle erhalten hatte, zu einer Stellungnahme bereit. Wir bedanken uns bei Dr. Thomas Gahlen, Leiter der Abteilung Arbeitsvermittlung und - beratung, und veröffentlichen seine Anmerkungen ungekürzt.**

# *Vertane Zeit?*

## Anmerkungen zur immer wiederkehrenden Kritik an Feststellungsmaßnahmen

Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens, wonach die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu den vordringlichen sozialen Aufgaben gehört. Dieser Konsens beruht im wesentlichen auf der Überzeugung, daß Arbeitslosigkeit als volkswirtschaftliches Problem nicht vornehmlich zu Lasten einer bestimmten, sich in ihren Konturen verfertigenden Personengruppe gehen darf. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat dementsprechend das Ziel, dem Einzelnen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt erneut zu eröffnen, wobei mit dieser Reintegration in das Erwerbsleben auch eine Behebung der aus der Arbeitslosigkeit erwachsenden sozialen und psychischen Belastungen angestrebt wird.

Allerdings: Dieser Konsens gerät immer dann in Gefahr, wenn es um die konkrete Strategie arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten geht. Besonders deutlich wird dies im Blick auf die vom Arbeitsamt durchgeführten und speziell für Langzeitarbeitslose gedachten Feststellungs- und Orientierungsmaßnahmen. So wird gerade von Arbeitgeberseite bei Langzeitarbeitslosen ein Motivationsdefizit vermutet und immer wieder gefragt, ob der finanzielle Aufwand angesichts der erkennbar niedrigeren Erfolgsquote dieser Maßnahmen überhaupt gerechtfertigt werden kann; ob nicht - mit anderen Worten - die beruflichen und persönlichen Defizite von Langzeitarbeitslosen derartige Bemühungen von vornherein zum Scheitern verurteilen. Auf der anderen Seite sind es aber auch die Betroffenen selbst, die enttäuscht fragen, warum seitens der Arbeitsämter öffentliche Gelder in Maßnahmen investiert werden, die durchaus nicht immer neue Perspektiven eröffnen und an deren Ende der Langzeitarbeitslose manchmal "so schlau als wie zuvor" dasteht.

Wichtig ist in der Auseinandersetzung mit beiden Fragestellungen die Überlegung, daß Feststellungs- und Orientierungsmaßnahmen in der Regel dann eingerichtet werden, wenn andere Bemühungen erfolglos geblieben sind. Dabei sind die Gründe, aus denen die Auswertung der vorhandenen Stellen oder auch der Angebote qualifizierender beruflicher Maßnahmen nicht zum Ziel geführt haben, sehr vielfältig. Sie können in der Person des Langzeitarbeitslosen liegen: in den durch die lange Arbeitslosigkeit entstandenen Mängeln im Bereich der beruflichen Qualifikation sowie der primären Arbeitstugenden; sie können aber auch aus der Lage am Arbeitsmarkt resultieren: aus der Tatsache zum Beispiel, daß gerade die gegebenen beruflichen Qualifikationen derzeit nicht nachgefragt werden.

All diese Gründe sind jedoch nicht im voraus bekannt, da ja die Feststellungsmaßnahme selbst diesbezüglich Klärung bringen soll. Feststellungsmaßnahmen enthalten entsprechend - in je unterschiedlicher Gewichtung - Bewerbungstrainings für Vorstellungsgespräche, Analysen der Arbeitsmarktsituation, Erläuterungen hinsichtlich der finanziellen Unterstützung zur Arbeitsaufnahme durch das Arbeitsamt sowie weitere, zum Teil sehr verschiedene Elemente. Diese Konzeptionierung bringt es angesichts der Heterogenität der Gruppe oft mit sich, daß sich gerade bei denjenigen Elementen von Orientierungsmaßnahmen, die allererst eine Einschätzung der noch vorhandenen Kenntnisse ermöglichen sollen, ein Teil der Langzeitarbeitslosen unterfordert fühlt. Dazu kommt, daß auch die Vorgehensweise in den Kursen oft auf Kritik stößt; auf Kritik, die mit daraus resultiert, daß die Teilnehmer ihre persönlichen Defizite nicht akzeptieren und die Gründe ihrer Arbeitslosigkeit ausschließlich im Arbeitsmarkt suchen. Änderungen im eigenen Verhalten, Korrekturen der Zielvorstellungen sowie des Verhältnisses zur Arbeitswelt werden zurückgewiesen.

Sowohl die freien Bildungsträger als auch die Mitarbeiter des Arbeitsamtes wissen entsprechend, daß in jeder Feststellungs- und Orientierungsmaßnahme etwaige Mängel des Konzeptes oder der Durchführung von den Teilnehmern weitaus vehementer kritisiert werden, als in qualifizierenden Maßnahmen der beruflichen Bildung. Wenn auf dieses Instrument trotzdem zurückgegriffen wird, so deshalb, weil Langzeitarbeitslose sich immer wieder der Frage stellen müssen, welche Strategien und Verfahrensweisen geeignet sind, den Status der Arbeitslosigkeit zu beenden. Daß dies nicht immer ihren eigenen Wünschen entsprechen muß, ergibt sich notwendig aus der Erfahrung, daß sich der Betroffene nach spätestens einem Jahr mit dem Zustand der Arbeitslosigkeit zu arrangieren beginnt. Aus diesem Grund ist das Arbeitsamt verpflichtet, die berufliche Entwicklung gerade der Langzeitarbeitslosen in Bewegung zu halten und - trotz manchmal hoffnungslos erscheinender Situation - weiter nach Lösungsstrategien zu suchen. Dies bedeutet zwar nicht, daß Langzeitarbeitslose widerspruchslos jegliches Konzept und jeglichen Inhalt von Feststellungsmaßnahmen akzeptieren müssen, wohl aber, daß alle Betroffenen, die Bildungsträger, das Arbeitsamt und die Maßnahmeteilnehmer sich konstruktiv mit diesem arbeitsmarktpolitischen Instrument auseinandersetzen sollten. Aus Sicht der Arbeitsämter kann Kritik an Feststellungsmaßnahmen nicht zu ihrer Abschaffung führen, sondern nur zu verbesserten Konzepten.

Feststellungsmaßnahmen sind unbequem; aber sie müssen auch unbequem sein, weil das Problem, das sie zu bekämpfen versuchen, unbequem ist.

# Bewerbungsnachweise: Disziplinierung oder 'Hilfe zur Arbeit'?

**In *SPERRE* 3 / 95 berichteten wir über Bewerbungsnachweise für SozialhilfeempfängerInnen. In diesem Artikel stellten wir die Rechtslage sowie die Position von SozialhilfeempfängerInnen und Sozialhilfeinitiativen auf der einen und die des Sozialamtes Münster auf der anderen Seite dar.**

**Viele SozialhilfeempfängerInnen fühlen sich durch Bewerbungsnachweise in ihrer Würde verletzt: Bewerbungsnachweise schieben ihnen die Schuld für ihre Situation selbst in die Schuhe und enthalten den unterschwelligen Vorwurf der Drückebergerei und des Mißbrauchs, sagen sie. Sozialämter sehen in Bewerbungsnachweisen eine *Hilfe zur Arbeit*. Nach § 18 Abs. 2 des Bundessozialhilfegesetzes muß jedes Sozialamt *"darauf hinwirken, daß der Hilfesuchende sich um Arbeit bemüht"*.**

**Wir stellten unseren Artikel in *SPERRE* 3 / 95 unter die Leitfrage: *"Bewerbungsnachweise: Instrument der Disziplinierung oder 'Hilfe zur Arbeit'?"* Jetzt reichen wir die Frage weiter an die Politik, genauer gesagt, an alle im Rat der Stadt Münster vertretenen Parteien.**

**Die *SPERRE* stellte fünf Fragen zu den Bewerbungsnachweisen:**

1. Sind Bewerbungsnachweise für SozialhilfeempfängerInnen mit dem Würdeprinzip des Grundgesetzes vereinbar?
2. Arbeitsfähige SozialhilfeempfängerInnen müssen in Aachen maximal 20 - 30 Bewerbungsnachweise pro Monat vorlegen, in vielen Einzelfällen jedoch weniger. Meschede und Hilchenbach verlangen 4 bis 5 Nachweise, Münster verlangt ca. 20. Die Anzahl von Bewerbungsnachweisen liegt im Ermessen jedes einzelnen Sozialamtes, ja jedes Sachbearbeiters. Ist dies Ihrer Meinung nach mit den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und -sicherheit vereinbar?
3. Arbeitsfähige SozialhilfeempfängerInnen, die ihrem Sozialamt "nicht in ausreichendem Umfang" nachweisen, daß sie sich um Arbeit bemühen, kann die Hilfe zum Lebensunterhalt eingeschränkt bzw. sogar ganz eingestellt werden. Halten Sie diese Sanktionen für angemessen?
4. Sind Bewerbungsnachweise arbeitsmarktpolitisch sinnvoll?
5. Wird sich Ihre Fraktion dafür einsetzen, Bewerbungsnachweise abzuschaffen? Wenn ja, wie und wann?

---

**Birgit Edler (Bündnis 90 /Die GRÜNEN / GAL)**

**1.** Nein - grundsätzlich halte ich das Druckmittel der Bewerbungsnachweispflicht für SozialhilfeempfängerInnen nicht mit dem Würdeprinzip des Grundgesetzes vereinbar. Grundsätzlich gehe ich davon aus, daß SozialhilfeempfängerInnen nicht freiwillig arbeitslos sind. Der § 18 des Bundessozialhilfegesetzes sagt aus, daß Sozialämter darauf hinwirken sollen, daß SozialhilfeempfängerInnen sich um Arbeit bemühen. Ich halte das Instrument der Nachweispflicht nicht für das geeignete Mittel, um Hilfen zur Arbeit anzubieten. Eher gehe ich davon aus, daß Druckmechanismen in der Form zur Resignation führen, denn der Arbeitsmarkt selbst gibt die Möglichkeiten nicht her.

**2.** Soweit mir bekannt ist, werden in Münster in der Regel ca. 2 - 3 Bewerbungsnachweise wöchentlich im Einzelfall gefordert. Mir ist bekannt, daß in einigen anderen Städten teilweise mehr und teilweise weniger verlangt wird. Ich halte das Verfahren an sich nicht für besonders sinnvoll. Gleichwohl bleibt es den Städten offensichtlich selbst überlassen, in welcher Weise sie die "Mitwirkung" der Betroffenen erreichen wollen.

**3.** Nein - ich halte die Kürzung oder sogar die Einstellung der Sozialhilfe in keinster Weise für eine gerechtfertigte Sanktion. Sozialhilfe ist keine freiwillige Leistung oder ein "Almosen". Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, leben am unteren Rande des sog. Existenzminimums, diese zu kürzen, ist für mich überhaupt kein Mittel, was in Frage kommt.

**4.** Hierzu habe ich mich oben schon einmal geäußert. Ich halte Bewerbungsnachweise arbeitsmarktpolitisch nicht für sinnvoll. Will man z.B. langzeitarbeitslose Menschen motivieren, sich um Arbeit zu bemühen, was ja oft als Begründung für die Bewerbungsnachweispflicht herangezogen wird, so greifen m. E. nur andere Mittel, wie z.B. eine individuelle Beratung der Betroffenen in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und anderen Institutionen.

Nicht aber der "Druck" ist es, der, wenn er ausgeübt wird, den Menschen hilft.

**5.** Ich glaube schon, daß sich unsere Fraktion für andere Lösungen einsetzen wird. Eine der ersten Maßnahmen, die wir ergriffen haben, war die Einrichtung der Arbeitsmarktinitiative Münster (AIM). Gleichwohl ist mir klar, daß es hierbei nicht stehenbleiben darf. Auf Landesebene haben die GRÜNEN immerhin erreicht, daß im Koalitionspapier mit der SPD die Förderung von sozialen Betrieben aufgenommen wurde.

Hier auf örtlicher Ebene sollten wir möglichst bald darüber nachdenken, welche geeigneten Möglichkeiten es noch gibt, um tatsächliche Hilfen zur Arbeit anbieten zu können. Ohne mich aus der Verantwortung ziehen zu wollen, glaube ich sehr wohl auch, daß das Problem Arbeitslosigkeit allein auf kommunaler Ebene nicht zu lösen ist.

**Hubert Lenich, CDU**

**1.** Vom Grundsatz her verstoßen Bewerbungsnachweise für Sozialhilfeempfänger/innen meiner Einschätzung nach nicht gegen das im Grundgesetz verankerte Würdeprinzip. Ich kann nicht erkennen, daß jemand, der zu Recht staatliche/kommunale Hilfe in Anspruch nimmt, sich in seiner Würde verletzt fühlen kann, wenn er dazu beitragen soll, seinen Rechtsanspruch auf Hilfe zu legitimieren. Nachweise über eigene Ansprüche und Möglichkeiten sind in der Leistungsbeantragung und -gewährung doch eher selbstverständlich denn ungewöhnlich. Wie anders wären denn beispielsweise das Vorlegen von Rentenbescheiden, Mietverträgen etc. zu begründen?
Wichtig und entscheidender dürften die Fragen sein, wie Bestimmungen angewandt werden und ob und wie im Verfahrensverlauf "menschlich" miteinander umgegangen wird.

**2.** Nach Auskunft der Sozialverwaltung müssen sich arbeitsfähige Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger in Münster monatlich bis zu zwölfmal, d. h. im Durchschnitt dreimal pro Woche, bewerben. Darüber werden Nachweise erwartet. Aus der Praxis weiß ich, daß allerdings mehr als die übliche Anzahl der vorgelegten Bewerbungsnachweise die Redlichkeit des Bemühens um Arbeit ausschlaggebender ist. Von Einzelfällen abgesehen, die ihre Ursachen in menschlichen Unzulänglichkeiten haben, sind mir ständige Auseinandersetzungen mit Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfängern über diese Frage nicht bekannt.
Über die Verfahrensweise liegen im Sozialamt Richtlinien vor, so daß davon auszugehen ist, daß grundsätzlich eine Gleichstellung aller Betroffenen gegeben ist. Soweit Ihre Frage nach der Rechtsgleichheit und -sicherheit auf unterschiedliche Handhabungen und Ermessensentscheidungen in verschiedenen Kreisen und kreisfreien Städten abzielt, teile ich ein Stück weit Ihre Sorgen. Es kann nicht richtig sein, daß die Bandbreite der geforderten Bewerbungsnachweise so weit auseinandergeht, wie Sie sie mit fünf bis deißig Nachweisen beziffern. Allerdings läßt die Systematik des Bundessozialhilfegesetzes Ermessensentscheidungen zu. Die Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten dürfte grundsätzlich auch sinnvoll sein. Gleichwohl wäre es m. E. richtig, wenn beispielsweise auf der Ebene des Regierungsbezirkes Münster ein möglichst einheitliches Niveau angestrebt wird.

**3.** Das Bundessozialhilfegesetz gibt dem Einzelnen die Verpflichtung auf, seine Arbeitskraft einzusetzen und stellt im Absatz 3 klar, wann Arbeit oder die Wahrnehmung von Arbeitsgelegenheiten nicht zugemutet werden dürfen, z. B. wenn jemand körperlich oder geistig dazu nicht in der Lage ist oder wenn sonstige wichtige Gründe vorliegen, etwa bei Gefährdung der geordneten Erziehung eines Kindes.
Im § 25 des BSG wird festgestellt: "Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten oder eine zumutbare Arbeitsgelegenheit anzunehmen, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt".
Wer sich weigert, muß zwangsläufig mit Sanktionen rechnen. Ansonsten blieben Forderungen, zu denen auch Bewerbungsnachweise zählen, "Leerformeln". Meines Wissens geht die Sozialverwaltung Münster in solchen Fällen verantwortungsbewußt und umsichtig vor. Zur Reaktionskette gehört bei "Arbeitsverweigerung" eine 20-%ige Kürzung der Hilfe zum Lebensunterhalt, die allerdings im Laufe von Monaten gesteigert wird. Zwischendurch aber bestehen immer wieder Gesprächsangebote, um den Hilfebedürftigen aus schwierigen existentiellen Situationen herauszuhelfen.
Mit Bezug auf die dargestellte Rechtslage stellt sich eigentlich nicht die Frage, ob derartige Sanktionen angemessen sind, sondern ob es korrekt ist, daß arbeitsfähige Hilfeempfänger ohne nachvollziehbare Begründung ihre Arbeitskraft zur Abwendung von Sozialhilfe nicht einzusetzen bereit sind.

**4.** Ob Bewerbungsnachweise arbeitsmarktpolitisch sinnvoll sind, stellt sich als Frage wohl nur in Verbindung mit der Tatsache, daß bei der leider auch in Münster großen Zahl von Langzeitarbeitslosen das Erreichen einer Arbeitsstelle auf dem 1. Arbeitsmarkt äußerst schwierig ist. Dennoch gelingt dies häufig, auch unter Mitwirkung von sozialen Beschäftigungsinitiativen. Zudem werden vom Arbeitsamt immer wieder Stellen angeboten, die auch für Sozialhilfeempfänger/-innen zugänglich sind. Hilfreich kann hier auch das sog. "SIS-Stelleninformationssystem" sein, über das sich Außenstehende beim Arbeitsamt auch ohne Inanspruchnahme von Vermittlungssachbearbeitern über den Stellenmarkt laufend informieren und daraufhin selbst tätig werden können.

**5.** Aus dem bisher Gesagten ergibt sich wohl schlüssig, daß wir uns als CDU nicht für die Abschaffung von Bewerbungsnachweisen einsetzen. Wir halten es für korrekt, zumutbar und keineswegs gegen die Würde des Menschen gerichtet, wenn notwendige Hilfe, die dem einzelnen zu Recht durch die Gemeinschaft zukommt, auch nachgewiesen wird. Daß dabei ein menschliches Miteinander erforderlich ist, sei nochmals betont.
Im Zusammenwirken mit den Umlandkreisen und kreisfreien Städten im Regierungsbezirk Münster sollte allerdings eine Vereinheitlichung und mögliche Reduzierung der Anzahl der geforderten Beratungsnachweise angestrebt werden.

**Jetzt noch besser** als **im Bett**

bleiben: frühstücken für 5,-:
KaffeeEiBrötchenKäseMarmeladeoder
CroissantMilchkaffeeButterMarmeladeoder
MilchkaffeeMüsli/Cornflakes
Mo.-Fr. ab 9:30

**Kulisse.**

**Jüdefelderstraße.**
**Kuhviertel. Münster.**

**Helmut Hamsen, SPD**

**1.** Die generelle Zulässigkeit des Bewerbungsnachweises steht für mich außer Frage, insofern ist der Bewerbungsnachweis mit der grundgesetzlich garantierten "Würde" vereinbar. Es muß allerdings differenziert werden nach Art und Umfang von Nachweisen. Hierin könnte ein Verstoß begründet sein.

**2.** Die Ausübung eines Ermessens halte ich für richtig. Gerade in Fragen des BSHG kann richtig ausgeübtes Ermessen dazu verhelfen, sachgerechte, d. h. dem Einzelfall entsprechende Entscheidungen zu treffen. Ich persönlich möchte keine Situation, in der der Gesetzgeber den Entscheidungsspielraum über das jetzige Maß hinaus womöglich noch stärker einengt. Gerade angesichts aktueller Diskussionen um die BSHG-Novelle (z. B. auch bei der AFG-Debatte) wäre eher mit weiteren Restriktionen zum Nachteil von Sozialhilfeempfänger/-innen zu rechnen. Anders sieht es aus mit stadtverwaltungsinternen "Richtwerten" - hier könnte ein Hinweis zweckmäßig sein, Bewerbungsnachweise nicht in jedem Fall und exzessiv einzuverlangen. Im übrigen gehe ich davon aus, daß dies auch jetzt schon nicht grundsätzlich angewendet wird.

**3.** In der Regel wird eine Sanktion nicht angemessen sein. Eine völlige Einstellung der Sozialhilfeleistung ist überhaupt nicht denkbar, es sei denn, es bestünde der belegbare Eindruck, daß aus nicht angegebenen Quellen (illegale Erwerbstätigkeit oder Vermögen, das nicht erklärt wurde) ohnehin ein ausreichender Lebensunterhalt sichergestellt ist.
Eine Kürzung der Sozialhilfeleistung kann nur erfolgen, wenn eine Klärung von Einkommen verweigert oder der Einsatz von Arbeitskraft nachhaltig verweigert wird. Also auch hier nur in begründeten Einzelfällen, deren Vorkommen nicht per se ausgeschlossen werden kann.

**4.** Pauschal ist festzustellen, daß bei einer Arbeitslosenzahl, die die von Erwerbsarbeitsplätzen übersteigt, der arbeitsmarktpolitische Sinn - wenn überhaupt - nur begrenzt erkennbar ist.
Dennoch ist der Versuch, auch Sozialhilfeempfäger/-innen wieder in Erwerbstätigkeit zu bringen, richtig und nötig. Hierzu sind zuvorderst andere Instrumente erforderlich und zu schaffen. Soweit dies nicht z. B. durch Maßnahmen des Arbeitsamtes geschieht, kann auch der Einsatz kommunaler Maßnahmen (z. B. Arbeitsmarkt-Initiative Münster, Landesprogramm Arbeit statt Sozialhilfe, ...) richtig sein.
Die Bewerbungsnachweise sind kein strukturelles Mittel einer Arbeitsmarktpolitik. Sinnvollerweise sollten die kommunalpolitischen Maßnahmen schwerpunktmäßig auf strukturelle Verbesserungen einerseits und auf individuelle Beratung und Vermittlung in Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte andererseits richten.
Hierauf sollte auch unter dem Aspekt begrenzter Personalressourcen im Sozialamt ein größeres Augenmerk liegen.

**5.** Wir werden in einem nächsten Gespräch mit der Leitung des Sozialamtes diese Fragen ansprechen und ggf. einen Beratungspunkt zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit beantragen.
Dieser Weg scheint uns zweckmäßig, weil es vermutlich sehr schwierige Einzelabwägungen betrifft.

## Aktuelles Urteil zu Bewerbungsnachweisen

Sozialhilfeempfänger riskieren eine Kürzung der Sozialhilfe, wenn sie sich nicht selbst um Arbeit bemühen. Es reicht nicht , sich lediglich beim Arbeitsamt arbeitssuchend zu melden. Dies sagt ein jüngst veröffentlichtes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Allerdings dürfen die Anforderungen an die selbständige Arbeitssuche "*nicht überspannt werden*". Ob und in welcher Intensität das Sozialamt vom Sozialhilfeempfänger eigene Bemühungen um eine Arbeitsstelle verlangen dürfe, hänge von den Umständen des Einzelfalls, insbesondere von den persönlichen Verhältnissen, der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitsmarktlage ab. Vor der Aufforderung zur selbständigen Arbeitssuche hat das Sozialamt daher in *jedem* Einzelfall zu prüfen, ob der einzelne Hilfesuchende damit nicht überfordert ist und so den Hilfszwecken der §§ 18ff, 25 I BSHG (Bundessozialhilfegesetz) entgegengewirkt wird. Bemüht sich ein Hilfesuchender ernsthaft und zielstrebig selbst (neben dem Arbeitsamt) um Arbeit, kann von einer Weigerung i.S.d. § 25 I BSHG nicht gesprochen werden. Das gilt auch, wenn die eigene Arbeitssuche intensiver hätte ausfallen können.
BVerwG Az.: 5 C 20/93; NJW 1995 S.3200f *uli*

**Keine Kostenübernahme für Fernsehreparatur (§§ 11, 12, 21 BSHG)**

Weil im Regelsatz schon der Bedarf für "Beziehungen zur Umwelt" und "Teilnahme am kulturellen Leben" berücksichtigt ist, kommt die zusätzliche Übernahme von Kosten für die Reparatur eines Fernsehgerätes als einmalige Beihilfe nicht in Betracht, selbst wenn die konkreten Kosten (hier 176,30 DM) erheblich über dem entsprechenden Ansatz bei den Regelsätzen liegen. Das Bundesverwaltungsgericht bleibt damit den von ihm entwickelten Grundsätzen zum "geschlossenen Regelsatzsystem" treu. *uli*

BVewG Az.: 5 C 52.92

**Eingliederungshilfe und Kindergeld (§ 43 BSHG)**

Kindergeld und Leistungen, die im Rahmen der Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung nach § 43 Abs.2 S.1 Nr.2 BSHG (hier: Leistungen für den Lebensunterhalt eines behinderten Kindes in einem Schulinternat) gewährt werden, sind keine zweckgleichen Leistungen im Sinne von § 43 Abs.3 BSHG. Von den Eltern kann deshalb keine Kostenbeteiligung in Höhe eines entsprechenden Kindergeldanteils verlangt werden. *uli*

BVerwG Az.: 5 C 56.92

**Beginn der Jahresfrist der §§ 45 Abs.4, 48 Abs.4 SGB X**

Wenn jemand zu Unrecht Sozialleistungen bezogen hat (z.B. bei gleichzeitiger Schwarzarbeit), muß die Aufhebung der Leistungsbewilligung gem. §§ 45 Abs.4 bzw. 48 Abs.4 SGB X (= rückwirkende Aufhebung eines Verwaltungsaktes) innerhalb eines Jahres erfolgen, nachdem der Leistungsträger hiervon Kenntnis erlangt hat. Bei Informationen durch Dritte kann diese Kenntniserlangung umstritten sein. Nach dem hier vorliegenden Urteil des BSG liegt dann "Kenntnis" nur vor, wenn die Behörde von der Richtigkeit und Vollständigkeit der Information überzeugt ist oder die Information einen Sicherheitsgrad erreicht hat, der objektiv vernünftige Zweifel nicht mehr zuläßt. *uli*

BSG Az.. 7 RAr 14/93

**Rücknahme eines Sozialhilfebescheides wegen nicht mitgeteilter Einkünfte (§ 45 SGB X)**

Wird ein von der gesetzlichen Krankenkasse gewährtes Pflegegeld bei der Sozialhilfe nicht angegeben, so kann die Nichtangabe trotz Mitwirkungspflicht nicht grob fahrlässig sein. Eine Rücknahme des Sozialhilfebescheides ist somit nicht möglich.

VG Magdeburg
Az.: 4 A 2681/92 *uli*

**Arbeitslosengeld und ausländische Rente (§ 118 Abs.1 S.1 Nr.4 AFG)**

Arbeitslosengeld nach § 118 Abs.1 S.1 Nr.4 AFG kann neben Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder Knappschaft oder einer ähnlichen Leistung öffentlich- rechtlicher Art nicht bezogen werden. Während dieser Zeit ruht der Arbeitslosengeldanspruch. Das gilt auch für ausländische Renten, wenn sie den inländischen vergleichbar sind. *uli*

BSG Az.: 7 RAr 70/93

## Der Kinderschutzbund Münster stellt sich vor

# Hilfe statt Strafe

1993 feierte der *Deutsche Kinderschutzbund (DKSB)* vierzigjähriges Jubiläum. Der Ortsverband Münster wurde 1977 als selbständiger und eingetragener Verein gegründet. Zur Zeit gehören ihm etwa 300 Mitglieder an.

**Ziele des Vereins:**
- die körperliche, geistige, seelische und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen fördern und sie vor Gewalt und Mißbrauch schützen;
- alle Bestrebungen zu unterstützen, die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und ihre Rechte zu verwirklichen;
-die öffentliche Meinung in diesem Sinne beeinflussen;
- Projekte des Kinderschutzes durchführen und unterstützen;
- vorbeugend aufklären und beraten;
- eine Lobby für Kinder, Jugendliche und ihre Familien schaffen.

Seit 1979 besteht im DKSB Münster die **Familienberatungsstelle bei Mißhandlung, Vernachlässigung und sexuellem Mißbrauch** mit folgenden ineinander übergreifenden Hilfsangeboten:

**Präventive Kinderschutzarbeit:**
Nicht Behandlung und Therapie, sondern Vorsorge und Prävention sind die besten Methoden, Gewalt zu verhindern. Mit Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen richten wir uns sowohl an das pädagogisch geschulte Fachpersonal in Kindergärten/ -gruppen und Schulen als auch an Eltern. Unser Angebot richtet sich darüber hinaus an alle anderen interessierten Gruppen (MitarbeiterInnen in Behinderteneinrichtungen, in sozialen Verbänden, Parteien, Schulklassen usw.).

**Beratung und Therapie:**
Bei verschiedenen Formen von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, aber auch bei Familienkonflikten bieten wir Hilfe an, z.B. Familien- sowie Paar- und Einzelberatung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Fallbezogene Beratung von Fachkräften bei Verdacht auf Gewalt gegen Kinder machen unser Hilfsangebot ebenso aus wie therapeutische Gruppen mit Jugendlichen, mit denen wir seit 1993 sehr gute Erfolge erzielt haben. Unsere Angebote sind vom Leitsatz *"Hilfe statt Strafe"* geprägt und basieren auf den Prinzipien Anonymität, Freiwilligkeit und Kostenfreiheit.

Oft ist bei der Familienberatung eine enge **Zusammenarbeit mit anderen Institutionen** aus dem psychosozialen Bereich notwendig. Diese erfolgt sowohl mit dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe als auch mit vielen freien Trägern in Münster.

Mit dem **Kinder- und Jugendtelefon** sprechen wir Kinder und Jugendliche direkt an. Es steht ihnen montags bis freitags von 14 - 20 Uhr zur Verfügung. Speziell ausgebildete TelefonberaterInnen haben ein offenes Ohr für alle Fragen, Sorgen und Probleme, über die Kinder und Jugendliche in und um Münster anonym und kostenfrei reden möchten.

Mitglieder unserer **AG Kind und Krankenhaus** besuchen in Absprache mit dem Klinikpersonal und den Eltern kranke Kinder in der Uni-Klinik Münster. Gerade bei Kindern trägt das psychische Wohlbefinden maßgeblich zur schnelleren Heilung bei. In der Klinik werden kleine PatientInnen aus dem gesamten Bundesgebiet behandelt, sodaß es den Eltern oft nicht möglich ist, ihre Kinder so häufig zu besuchen, wie es notwendig wäre. Unsere MitarbeiterInnen betreuen ein Kind während seines gesamten Klinikaufenthaltes. Sie sprechen, basteln und malen mit ihm, lesen Geschichten vor oder machen mit dem Kind kleine Ausflüge.

Die **AG Kinderschutz** des DKSB Münster setzt sich mit allgemein kinderschutzbezogenen Inhalten auseinander und bringt diese in die öffentliche Diskussion sowie in die münstersche Kinder- und Jugendpolitik ein.
So widmet sich der jeweilige Jahresbericht des Vereins Schwerpunktthemen wie z.B. *"Rechte von Kindern und Jugendlichen auf der Basis der UN-Kinderkonvention"*, *"Armut von Kindern und Jugendlichen"* und *"Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an für sie relevante Entscheidungsprozesse"*, die das Kinder- und Jugendhilfegesetz ausdrücklich fordert.
Ausgabe und Verkauf von Informationsmaterialien sowie der kostenlose Verleih von Autokindersitzen runden die Palette der Hilfsangebote des DKSB Münster ab.

*(Selbstdarstellung des DKSB Münster)*

**Für fast jeden Arbeitnehmer sind sie selbstverständlich - die Beiträge zur Sozialversicherung. Monat für Monat werden sie abgeführt und schützen vor Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter.**
**Für Tätigkeiten unter 15 Stunden in der Woche und unter 580 DM im Monat müssen jedoch weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Zur Arbeitslosenversicherung beginnt die Versicherungspflicht sogar erst mit 18 Stunden in der Woche. Der nicht versicherte Arbeitnehmer ist in den meisten Fällen (90%) eine Arbeitnehmerin. Die Versicherungsfreiheit wurde mit der Begründung ins Gesetz eingefügt, Frauen seien über den Ehemann abgesichert. Die Zeiten haben sich geändert: Absicherung über Heirat ist nicht mehr so sicher, wie sie mal war.**

"ES REICHT HINTEN UND VORN' NICHT"

## In der Diskussion:

# 580 DM-Jobs

Das deutsche Arbeitsförderungsgesetz verstößt gegen die EU-Gleichbehandlungsrichtlinie, weil es bei geringfügigen Beschäftigungen keine Arbeitslosenversicherung zuläßt. Das Sozialgericht Hannover sprach deshalb einer kurzzeitig beschäftigten Putzfrau Arbeitslosengeld zu.
Unter dem Druck der EU-Richtlinien kommt jetzt auch Bewegung in die deutsche Sozialpolitik.
Zwei Vorschläge: 1. Abschaffung der Versicherungsfreiheit für 580 DM-Jobs. 2. Zuschüsse für beitragspflichtige Beschäftigung im Haushalt (*Dienstmädchenprivileg*).

**Abschaffung der 580 DM-Jobs**

Die hessische Landesregierung schlägt vor: 580 DM-Jobs sollen nicht mehr sozialversicherungsfrei sein.
Im Einzelhandel ist jede zweite Teilzeitstelle nicht sozialversichert. Die bei einer Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten erwarteten 50.000 zusätzlichen Arbeitskräfte werden insbesondere flexibel eingesetzte Stundenkräfte sein.
Im Öffentlichen Dienst führen nicht mehr staatlich angestellte sozialversicherte Arbeitnehmer Reinigungsaufgaben durch, sondern Privatfirmen mit geringfügig Beschäftigten. Dies ist zwar kurzfristig billiger für die Gemeinde, klammert aber spätere Armut und Sozialhilfekosten aus.
Die Gewerkschaften kritisieren seit langem die 580 DM-Jobs, da sie sozial abgesicherte Arbeitsplätze bedrohen.
Arbeitgeberverbände verteidigen diese Jobs als billiger und flexibler. Bei nur 580 DM im Monat bleibe gar nichts mehr übrig, wenn davon auch noch Versicherungsbeiträge zu zahlen seien.
Die hessische Sozialministerin dazu: "Wenn die 580 DM-Grenze verschwindet, besteht auch gar kein Grund mehr, eine Frau für *nur* 580 DM zu beschäftigen."
Arbeitsminister Blüm hält es für vertretbar, diese Grenze auf 300 DM abzusenken.
Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB nennt einen weiteren Grund, weshalb Arbeitgeber die geringfügigen Beschäftigungen lieben: Bezahlten Urlaub oder Lohnfortzahlung bei Krankheit brauchen sie nicht zu gewähren.
Stimmt nicht: Eigentlich müßten sie dies auch bei 580 DM-Jobs. Das weiß bloß kaum jemand.

**Dienstmädchenprivileg**

Norbert Blüm hat noch etwas in petto: Wohnung putzen, Kinder betreuen und den Garten pflegen - diese Arbeitsverhältnisse sind meistens "Schwarz", nicht angemeldet, nicht versichert, nicht versteuert und schlecht bezahlt. Für Haushalte ist das billiger. Hausangestellte haben keine andere Wahl.
Jetzt sollen Agenturen diese Aufträge bündeln, so daß die Hilfskräfte auf sozialversicherungspflichtige Zeiten kommen. Schon jetzt gilt: Bei mehreren Jobs mit über 15 Stunden pro Woche sind Beiträge zur Sozialversicherung zu zahlen.
Norbert Blüm macht jetzt einen Vorschlag, bei dem - wen wundert's - die Arbeitgeber über einen Steuererlaß (*Dienstmädchenprivileg*) subventioniert werden: Wenn ein Haushalt die Hälfte der Lohnkosten für Hausangestellte von der Steuer abziehen kann, dann werden viele dieser Arbeitgeber nichts gegen eine sozialversicherte Arbeitskraft haben.
Sind Putzjobs so zukunftsträchtig, daß sie gut dotierte Zuschüsse rechtfertigen? Daß jetzt schon Zuschüsse gezahlt werden müssen, damit Arbeitgeber nicht illegal schwarzarbeiten lassen, ist eine neue Qualität. *avo*

**Die SPERRE sprach mit dem Bundestagsabgeordneten und SPD-Vorstandsmitglied Wolf-Michael Catenhusen über Seehofers Sozialhilfereform, die Antworten der SPD und die Zukunft des Sozialstaates**

Interview: Uwe Wiedenstried, Fotos: Norbert Attermeyer

# „Ohne gezielte Hilfen keine Integration"

*Auf dem Mannheimer Parteitag haben Sie den Zustand Ihrer Partei mit einem schlechten Film verglichen, der ein schlechtes Drehbuch habe und in dem der Hauptdarsteller noch nicht feststehe. Wird das Drehbuch nun unter dem neuen Hauptdarsteller umgeschrieben?*

Die 'Familienkräche' in der SPD erinnerten stark an eine Seifenoper. Die eigentliche Botschaft der SPD kam nicht mehr rüber. Das waren die Leute langsam leid. Ich hoffe, Oskar Lafontaine wird aus den Selbstdarstellern wieder ein Team machen.

*Lafontaine bezeichnet die SPD wieder offensiv als Linkspartei. Was ist für Sie links?*

Soziale Gerechtigkeit bleibt ein klassischer Wert für unserer Partei. Die Leistungsstarken in unserer Gesellschaft sollen Solidarität beweisen für die Schwächeren. Es ist die historische Aufgabe der SPD, Spaltungstendenzen in der Gesellschaft zu überwinden.

*Für Johannes Rau ist die SPD die "Schutzmacht der kleinen Leute". Rudolf Scharping sieht die SPD als "zu eingengt als Partei der sozialen Gerechtigkeit". Und die bayrische Landesvorsitzende Renate Schmidt hat Sozialleistungsempfänger sogar als "Menschen, die diesen Staat ausbeuten" bezeichnet. Machen es derart widersprüchliche Äußerungen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern nicht schwer, in der SPD ihre Interessenvertretung zu sehen?*

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Frau Schmidt ihre Äußerungen so gemeint hat, wie das in den Medien dargestellt wurde. Aber: Die SPD ist keine Arbeitslosenpartei. Auch wenn die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein Schwerpunkt ihrer Politik ist.
Die SPD steht für Arbeitnehmer, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger ein, muß sich aber auch auf neue Wählerschichten aus neuen Branchen wie z.B. im Software-Bereich o.ä. hin orientieren. Die SPD ist die Partei eines großen Reformbündnisses.

*Sozialmißbrauch - Was halten Sie von diesem oft gehörten Vorwurf?*

Nichts. Ich sehe zwar, daß es auch Sozialdemokraten gibt, die vor einem gewissen Schuß Populismus nicht immer gefeit sind, aber Tatsache ist:
Es gibt in keiner besonderen Weise ein Mißbrauchsproblem bei Sozialhilfeempfängern.
Außerdem wird "Sozialmißbrauch" durch die Politik selbst verschuldet. Ein Sozialhilfeempfänger, der durch Nebenbeschäftigung einen Einstieg in den Arbeitsmarkt sucht, wird durch die geringen Hinzuverdienstmöglichkeiten geradezu bestraft. Schwarzarbeit ist meistens lukrativer.

*Ein Haushaltsvorstand bekommt in Münster einen Regelsatz von 526,- DM im Monat. Diese Summe liegt 30% unter den Richtlinien der EU zur Einkommensarmut. Ist damit ein Leben in Würde möglich, wie es das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vorschreibt?*

Die Festlegung der Regelsätze ist eine Frage der gesellschaftlichen Verständigung. Aus dem Sozialstaatsgebot oder dem BSHG läßt sie sich nur schwer ableiten. Vor dem Bundesverfassungsgericht könnte die SPD nicht gegen Seehofers Kürzungspläne klagen. Hier baue ich eher auf unsere Mehrheit im Bundesrat.
Anders sieht das beim Asylbewerberleistungsgesetz aus. Damit soll ein Existenzminimum zweiter Klasse geschaffen werden.
Ob das mit unserer Verfassung konform geht, halte ich für zweifelhaft.

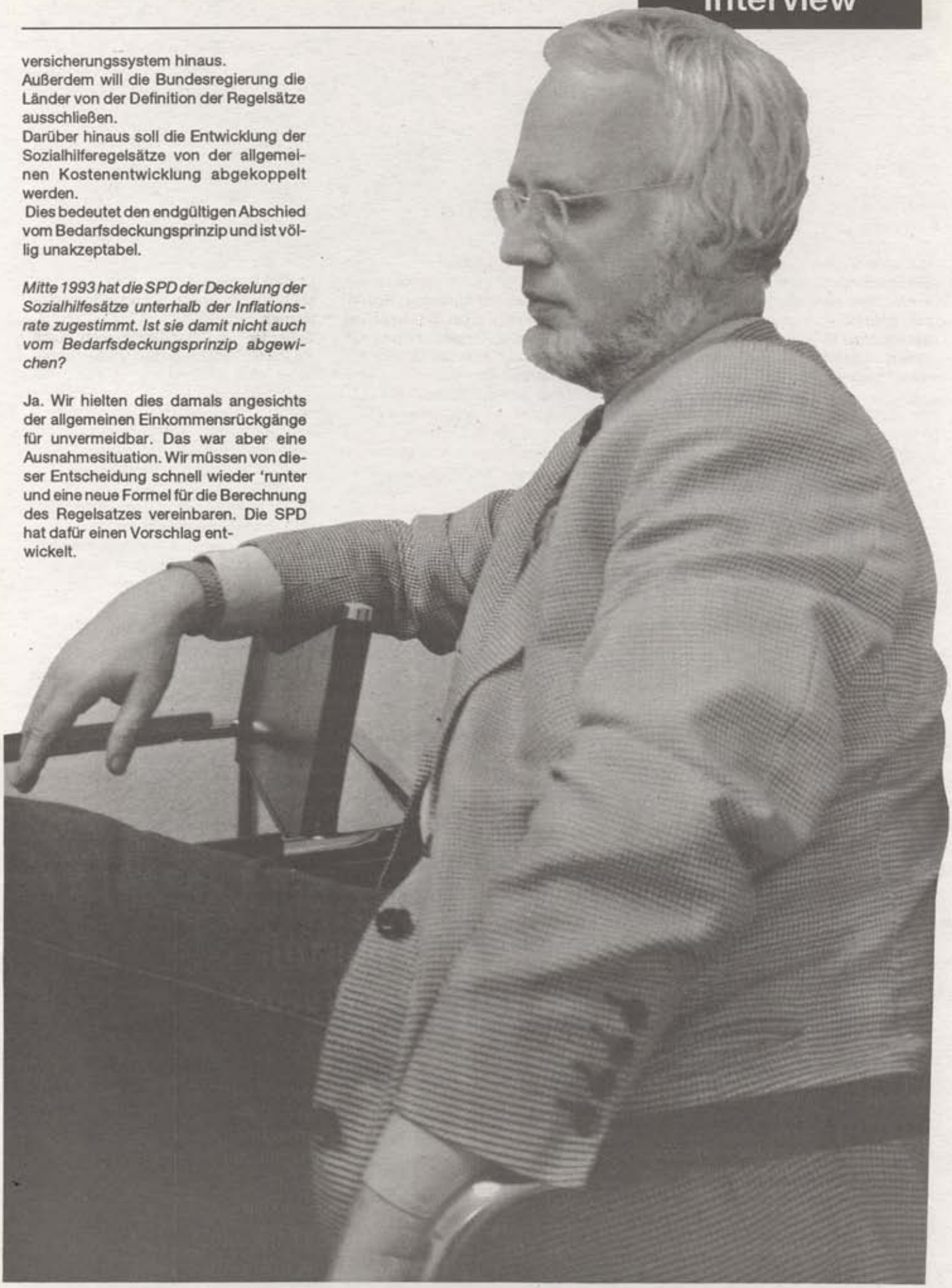
*Welche Absichten stecken hinter den Plänen Horst Seehofers?*

Seehofers Reformpläne und die darin vorgesehenen Kürzungen sind rein finanzpolitisch motiviert.
Sie sind einerseits ein bloßes Einsparmodell, laufen andererseits aber auch auf einen Wechsel in unserem bewährten Sozial-

versicherungssystem hinaus.
Außerdem will die Bundesregierung die Länder von der Definition der Regelsätze ausschließen.
Darüber hinaus soll die Entwicklung der Sozialhilferegelsätze von der allgemeinen Kostenentwicklung abgekoppelt werden.
Dies bedeutet den endgültigen Abschied vom Bedarfsdeckungsprinzip und ist völlig unakzeptabel.

*Mitte 1993 hat die SPD der Deckelung der Sozialhilfesätze unterhalb der Inflationsrate zugestimmt. Ist sie damit nicht auch vom Bedarfsdeckungsprinzip abgewichen?*

Ja. Wir hielten dies damals angesichts der allgemeinen Einkommensrückgänge für unvermeidbar. Das war aber eine Ausnahmesituation. Wir müssen von dieser Entscheidung schnell wieder 'runter und eine neue Formel für die Berechnung des Regelsatzes vereinbaren. Die SPD hat dafür einen Vorschlag entwickelt.



# Interview

*Horst Seehofer behauptet, das Lohnabstandsgebot werde nicht eingehalten. Sozialhilfeempfänger hätten angeblich mehr Geld zur Verfügung als Arbeitnehmer-Familien mit geringem Einkommen. Dadurch fehle ihnen der nötige Anreiz zur Arbeit. Teilen Sie diese Ansicht?*

Nein. Seehofers Behauptung ist reiner Populismus, der Stammtischansichten Rechnung trägt.
Es gibt keine statistischen Belege, die seine Behauptung stützen. Im Gegenteil: Es gibt zwei Gutachten, die zeigen, daß dies falsch ist.
Überschneidungen gibt es allenfalls bei kinderreichen Familien. Deren Armut hat aber nichts mit der Höhe der Sozialhilfe zu tun.
Man fragt sich ja bei einer Reihe von Dingen, was der Minister damit bezweckt. Etwa bei der absurden Forderung, die Mitglieder von Wohngemeinschaften unterstützungspflichtig zu machen, wenn sie mit einem Sozialhilfeempfänger zusammen wohnen. Unterstützungspflicht darf es nach Ansicht der SPD nur zwischen Verwandten geben.

*Wie sieht nach Ihren Vorstellungen das Sozialsystem der Zukunft aus?*

Wir wollen die Sozialhilfe von allen sachfremden Leistungen entlasten. Das heißt: Es muß eigene Leistungsgesetze beispielsweise für Behinderte oder Flüchtlinge geben. Diese Probleme können nicht über das BSHG geregelt werden.
Die Sozialhilfe ist als Hilfe in individuellen Notlagen konzipiert worden. Sie ist vollkommen überfordert.
Das Problem Arbeitslosigkeit gehört nicht zu ihren Aufgaben. Deshalb macht sich die SPD für eine präventive Arbeitsmarktpolitik stark. Wir setzen uns für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger ein, der eine Brücke zum regulären Arbeitsmarkt bildet. Jeder Sozialhilfeempfänger sollte einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben. Wir hoffen, so ca. 500.000 Menschen wieder in Arbeit zu bringen.
Lohnkostenzuschüsse und gezielte Hilfen zur Selbständigkeit für Langzeitarbeitslose sind weitere Mittel. Die Bundesregierung ist bisher die Antwort schuldig geblieben, wo denn im Dienstleistungssektor die neuen Arbeitsplätze entstehen sollen.
Angesichts dieser dramatischen Situation müssen wir den IG-Metall-Vorschlag ernsthaft prüfen, auch niedrige Einstiegslöhne zu akzeptieren.

*Seit 1980 stagnieren die Einkommen von Arbeitnehmern, obwohl das Bruttosozialprodukt um 23% gestiegen ist. Die Einkommen von Unternehmern sind seit 1982 viermal so stark gewachsen wie die von Arbeitnehmern. Jetzt auch noch untertarifliche Bezahlung. Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit?*

Richtig. Dies ist die Bilanz von 13 Jahren Kohl-Politik. Wir können diese steuerliche Umverteilung von unten nach oben nicht mit einem Federstrich zurücknehmen. Der Staat muß für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handlungsfähig bleiben. Deshalb wird es mit uns keine weitere steuerliche Entlastung von Unternehmen geben, es sei denn, sie investieren tatsächlich in Arbeitsplätze. Niedrige Bezahlung, die natürlich tarifvertraglich geregelt werden muß, soll ein Einstieg sein, ein Kompromiß für ein bis zwei Jahre. Wir kriegen sonst keine Bewegung zurück in den Arbeitsmarkt.

*Wie wird sich der deutsche Arbeitsmarkt entwickeln?*

In Deutschland entstehen immer weniger neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze. Diese Situation ist absurd. Wir haben zwar noch eine starke Stellung im Umwelt- oder Multi-Media-Bereich, aber Japan und die USA laufen uns mehr und mehr den Rang ab. Wir können nur hoffen, daß das Drei-Liter-Auto nicht in Portugal oder Spanien hergestellt wird. Wenn Technik zukunftsträchtig sein soll, müssen wir uns fragen: Was wollen wir von der Technik? - Wir wollen mit der Technik Arbeit schaffen, die Umwelt verbessern und das Leben leichter machen.

*In Ihrer Partei werden auch Modelle einer Sozialen Grundsicherung für jeden Menschen diskutiert. Wie denken Sie darüber?*

Die Überlegungen der SPD sehen in der Soziale Grundsicherung eine Ergänzung, nicht eine Alternative zu unserem beitragsfinanzierten Sozialversicherungssystem. Sie steht deshalb nicht denjenigen offen, die noch keinerlei eigene Ansprüche erworben haben. Vor allem langzeitarbeitslose und alte Menschen sind trotz anderer Leistungen vielfach auf Sozialhilfe angewiesen. Wir wollen ihre Ansprüche durch staatliche Leistungen deutlich über den Sozialhilfesatz anheben. Schon eine solche Grundsicherung verlangt eine Bundesfinanzierung von mindestens 10 Milliarden DM pro Jahr.

*Sozialhilfeempfänger müssen ihrem Sozialamt durch Bewerbungsnachweise beweisen, daß sie sich in ausreichendem Umfang um Arbeit bemühen. Ist das sinnvoll?*

Wer den Arbeitsmarkt kennt, weiß, daß Arbeitslose oft hundert Bewerbungen schreiben können, ohne eine positive Antwort zu bekommen. Ohne gezielte Hilfen gibt es keine Integration von Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt.

*Union und SPD wollen die Abgeordneten-Diäten um 24% bis 1998 steigen lassen. Die Entwicklung der Diäten soll sich an den Besoldungsgruppen für hohe Richter und kommunale Wahlbeamte auf Zeit (Dezernenten, Stadtdirektoren) orientieren. Hätten Sozialhilfeempfänger nicht eine starke Lobby im Bundestag, wenn man die Diäten an die Entwicklung ihrer Regelsätze koppeln würde?*

Ich habe noch nie eine Diäten-Erhöhung erlebt, die auf großes Verständnis in der Bevölkerung stieß, egal wie hoch oder niedrig sie ausfiel. Es hilft uns auch wenig, daß die Bundestagsabgeordneten in den letzten 20 Jahren neun Jahre auf eine Diätenanhebung verzichtet haben. Wir müssen aufgrund der Verfassung selbst über unser Einkommen entscheiden. Das ist unser Problem. Im übrigen habe ich angesichts meiner Verantwortung und Belastungen kein Problem, Diäten zu erhalten, die mit dem Einkommen eines Dezernenten der Stadt Münster vergleichbar sind.

*Herr Catenhusen,*
*wir bedanken uns für das Gespräch.*

# Fäuste wie Dynamit

Wollen Sie wirklich da rein, Boß?" Holly ließ ihr Cabriolet direkt vor dem Eingang des Sportpalastes halten. "Ich tu's für einen alten Freund"; sagte ich und stieg aus. Holly blickte auf die erloschene Neonbeleuchtung über dem Hauptportal. Der Kampf von gestern war immer noch in großen Buchstaben angeschlagen: *'Bum-Bum Schröder gegen Rudy Sparring. - Eine Frage der Ehre.'* "Boß?" "Ja, Baby." "Wenn *Rudy* gestern gegen *Bum-Bum* geboxt hat, warum hat dann eigentlich *Oscar* den Titel geholt?" "Die Nacht ist kurz, und die Boxregeln sind viel zu kompliziert. Ich erklär's dir später. Es wird Zeit, daß du nach Hause fährst. Danke fürs Bringen. Gute Nacht, Engelchen." "Und wie kommen Sie morgen ins Büro?" "Mit dem Bus. Der Mann von der Werkstatt meinte, die Reparatur meines Packards sei eine langwierige Sache. Irgendein Ersatzteil ist wohl nicht geliefert worden." "Passen Sie auf sich auf, Boß." Meine Sekretärin drehte den Zündschlüssel um und brauste davon. Ich verschwand in der Seitengasse neben dem Sportpalast, drückte mich in den dunklen Schatten neben der eisernen Hintertür und pfiff die vereinbarte Erkennungsmelodie: *"As time goes by"*. Die Tür öffnete sich einen Spaltbreit, und ich huschte hinein.

"Samuel. - Junge. Gut siehst du aus." Der alte Sparky hielt mein Gesicht in beiden Händen. " 'n Abend, Sparky. Du bist auch immer noch ganz gut beieinander." "Ach was, ich bin ein klappriger alter Mann. Mein Leben lang halte ich diesen Laden schon sauber. Aber jetzt wollen meine müden Knochen nicht mehr." "Red' keinen Unsinn, Sparky. Ohne Dich geht dieser Verein doch vor die Hunde." "Nein, nein, Samuel. Der große Ringrichter des Lebens hat mich schon angezählt. Aber bevor ich K.O. gehe, muß ich mir noch eine Last von der Seele reden. Deshalb habe ich dich angerufen." Er nahm seinen Eimer und den Wischmopp, und ich folgte ihm in die Umkleidekabine. Er öffnete seinen Spind und holte eine Flasche Bourbon mit zwei Pappbechern aus dem Fach. An der Innenseite der Blechklappe klebte eine vergilbte Photographie von *Big Willy*. "Das war ein Boxer", seufzte Sparky. "Wo der mit seiner Linken hinlangte, stand keiner mehr auf. - Aber jetzt, diese drei jungen Fliegengewichtler jagen dem *Dicken Mann* keine Angst ein. *Troika Fists*, wenn ich das schon höre." "Sei nicht unfair, Sparky. *Big Willy* hatte auch 'nen guten Manager. Ohne den *Onkel* wäre er nie hoch gekommen." "Der *Onkel* konnte auch nicht verhindern, daß *Willy* seine Boxlizenz abgeben mußte. - Aber genug von den alten Zeiten. Komm." Wir gingen in die Arena. Sparky legte einen Lichtschalter um. Die Lampe, die an einem langen Kabel von der hohen Decke über dem Ring hing, flammte auf. Nur das Seilgeviert war in grelles Licht getaucht; die menschenleeren Tribünen drumherum waren in der Finsternis kaum auszumachen. Wir kletterten in den Ring und setzten uns auf zwei Hockern in eine der Ecken. Sparky entkorkte die Flasche und goß ein. "Hier sind wir ungestört", flüsterte er. "Niemand ist mehr im Haus. Für das, was ich dir jetzt erzähle, brauche ich keine Zeugen." Er holte einen Zettel aus der Jackentasche und reichte ihn mir. "Was ist das?", fragte ich. "Die Ergebnisse der Ausscheidungskämpfe", sagte Sparky. "Fällt dir nichts auf? - Bremerhaven, Düsseldorf, Berlin - jedesmal Punktverlust für *Troika Fists*." "Ja und?" "Wenn dir das nicht genügt, dann sieh dir dies mal an." Sparky fischte noch einen Zettel aus seinem Jakkett. "Den hat gestern vor dem Kampf Harry, der Buchmacher, in der Umkleidekabine verloren." Ich pfiff durch die Zähne. "Da hat jemand 'ne schöne Stange Geld auf *Bum-Bum* gesetzt", sagte ich, "und ich weiß auch, wer dieser jemand ist. Ich kenne diese Unterschrift. Sie stammt von dem *Rollstuhlfahrer*, der rechten Hand des *Dicken Mannes*." "Weißt du, was das bedeutet, Junge?" "Klar", antwortete ich. "*Bum-Bum* steht auf der Lohnliste vom Syndikat. Das ist doch nichts Neues. Das pfeifen in diesem schäbigen Viertel doch alle Ratten von den Deckeln der Mülltonnen." "Das ist noch nicht alles", sagte Sparky. "Gestern abend, kurz vor dem Kampf wollte ich zu *Rudy* in die Kabine, um mit ihm die Taktik noch einmal durchzugehen. Ich wollte gerade an die Tür klopfen, als ich drinnen eine leicht stotternde Stimme flüstern hörte. Ich beugte mich nach unten und blickte durch das Schlüsseloch. Alles, was ich erkennen konnte, war der schmale Körper eines Mannes im Rollstuhl. Sein Gesicht konnte ich nicht sehen. Er zählte *Rudy* nacheinander zehn 'Riesen' in die bandagierten Hände. 'Die sind für dich', sagte er. Dann gab er ihm noch einmal zehn 'Riesen'. 'Und die sind für *Os* .....'. Ein dumpfer Knall durchbrach die dunkle Stille um uns herum. Sparky riß die Augen weit auf, verzog sein Gesicht zu einer Fratze und fiel - mich mitsichreißend - nach vorne zu Boden. Aus einem kleinen Loch in seiner Schläfe sikkerte Blut. "Kaliber 38, eine Webley mit Schalldämpfer", dachte ich automatisch. Ich zog meine 45er und zerschoß die Lampe über uns. Die Scherben der Glühbirne prasselten auf den Holzboden des Rings. Dann war alles still. Sparky lag auf mir und atmete nicht mehr. Eine Minute lang lauschte ich in die schweigende Finsternis. Dann hörte ich, wie sich das Geräusch einer quietschenden Radnabe vom Ring weg und in dem langen Gang zwischen den Tribünen auf den Ausgang zu bewegte. Die Tür öffnete sich. Vor dem Licht, das gleißend durch sie in die Arena fiel, zeichnete sich die Kontur eines Rollstuhlfahrers ab. Sein langer Schatten reichte fast bis an den Ring. Neben ihm stand Wilmer, der Killer des Syndikats. "Mr. Sperre", stotterte der Rollstuhlfahrer. "Was Ihnen der alte Mann sagen wollte, ist, daß es endgültig aus und vorbei ist mit seinen Sportsfreunden. Und Sie kennen doch die alte Boxer-Weisheit:" Er lachte leise auf. "They never come back." *uwi*

# 1996 - Regierung wird zum 'Grusel-Kabinett' für Arbeitslose

*Rückkehr aus dem Reich der Untoten. Mit der Deformierung der Arbeitslosenhilfe holt die Bonner Koalition blutsaugender Zombies den totgeglaubten Manchester-Kapitalismus aus seinem Grab.* Foto: *SPERRE-Gruft*

**Die diätengeschüttelte Bundesregierung will nun doch sparen, und zwar bei den Arbeitslosen. Nach dem Motto: Die wollen doch gar nicht arbeiten und kassieren lieber Arbeitslosenhilfe, wird die Arbeitslosenhilfe durchreformiert. Dabei sind die Leistungen noch 1994 gekürzt worden. Zu der Zeit betrug die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe in Westdeutschland 1008,- Mark, das waren immerhin 6,1 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Wahrlich keine Beträge, auf denen es sich ausruhen läßt. Aber was interessieren schon Fakten, wenn sich mit Stimmungen Geld machen läßt.**

**Und so sieht die "Reform" aus:**

**Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** gibt es in der Regel nur noch für Arbeitslosenhilfebezieher. Nur noch fünf Prozent aller AB-Maßnahmen sind für andere Arbeitslose vorgesehen. Gleichzeitig wird die bisher erforderliche Dauer der vorangegangenen Arbeitslosigkeit von sechs auf mindestens 12 Monate erhöht.
Für Langzeitarbeitslose werden **Arbeitstrainingsmaßnahmen** eingeführt. Bis zu 12 Wochen können diese Trainingseinheiten dauern; während dieser Zeit wird die Arbeitslosenhilfe weitergezahlt. An diese Maßnahmen sind jedoch Bedingungen geknüpft:
- die Maßnahme darf die Vermittlung in zumutbare Arbeit nicht beeinträchtigen;
- sie muß den Arbeitslosen in seinen Fähigkeiten zur Arbeitsaufnahme fördern;
- sie muß arbeitsmarktpolitisch zweckmäßig sein.

In diesen Bereich paßt ein weiteres Vorhaben der Bundesregierung: die **Prämienzahlung für Saisonarbeiten**. Insbesondere jüngere Arbeitslosenhilfeempfänger sollen verstärkt zu Saisonarbeiten (Obst- und Gemüseernte) herangezogen werden. Da in diesem Bereich kaum zumutbare Arbeitsverhältnisse zu finden sind, soll der (Hunger-) Lohn des Arbeitgebers um eine Prämie von 25,- Mark täglich aufgestockt werden. Saisonarbeiten sind auf maximal drei Monate begrenzt und müssen täglich mindestens sechs Stunden dauern.
Ein wesentlicher Teil der Reform ist die **Kürzung der Arbeitslosenhilfe**. Die bisherige Regelung der Herabbemessung im Abstand von drei Jahren entfällt. Künftig wird das Bruttobemessungsentgelt

jährlich herabbemessen und zwar um fünf Prozent. Dies geschieht ohne Rücksicht auf die Arbeitsmarktsituation oder die persönlichen Verhältnisse des Arbeitslosen. Norbert Blüm wird nicht müde, als Begründung für diese Kürzungen den arbeitslosen Bauingenieur anzuführen, dessen Arbeitslosenhilfe nach zehn Jahren Arbeitslosigkeit immer noch nach seinem alten Gehalt berechnet wird. Schon nach der heutigen Gesetzeslage ist dies nicht möglich. - macht aber deutlich, mit welcher Unverfrorenheit die Kürzungen in der Öffentlichkeit verkauft werden.

Nur am Rande sei hier noch einmal erwähnt, daß die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe West 1006,-Mark (!) beträgt. Als Untergrenze für die regelmäßige Herabbemessung ist ein Betrag in Höhe von 50 Prozent der jeweils geltenden Bezugsgröße gemäß § 18 SGB IV vorgesehen. 1996 liegt diese Bezugsgröße voraussichtlich bei 4130 Mark monatlich (Alte Bundesländer). Das bedeutet, daß die Arbeitslosenhilfe solange gekürzt werden kann, bis sie z.B. für Alleinstehende 811.20 Mark monatlich beträgt.

Bei den anstehenden Kürzungen ist die sogenannte Übergangsregelung interessant, sie findet nämlich gar nicht statt. Am Tage des Inkrafttretens der Reform, geplant ist der 01.04.96, schlagen die Kürzungen auf fast alle Arbeitslosenhilfebezieher voll durch. Im Gesetzestext heißt es zwar, daß erst nach einem Jahr Arbeitslosenhilfebezug erstmalig gekürzt werden darf, doch die Arbeitsverwaltung sieht sich außerstande, dies im Einzelfall genau festzustellen. In Anbetracht dessen, was alles sonst so über Arbeitslose gespeichert wird, ein durchsichtiges Argument. In der Praxis bedeutet dies, daß ein Arbeitsloser, der erst kurz vor dem 01.04. erstmalig in die Arbeitslosenhilfe rutscht, Anfang April seine erste Kürzung erhält. Zukünftig ist für alle Arbeitslose der 01. April der Herabbemessungstag. Leider kein Scherz.

Ein weiterer Kernpunkt der Reform ist die **Frühverrentung**. Arbeitslosenhilfebezieher werden künftig gezwungen sein, zum frühest möglichen Zeitpunkt die Altersrente zu beantragen. Ein Antrag auf Rente ist zumutbar, sobald die Rente in voller Höhe dem Anspruch zum Zeitpunkt des Renteneintrittsalters entspricht. In der Regel ist dies das 60. Lebensjahr, manchmal aber auch später. Im Klartext: Es gibt da kein Entrinnen mehr, selbst der geringste Rentenanspruch führt zum Wegfall der Arbeitslosenhilfe.

Aber es gibt auch Positives: die **Vorfristen der Anspruchvoraussetzungen** für Arbeitslosenhilfe werden verlängert. Arbeitslose, die wegen der Anrechnung von Vermögen oder Einkommen länger als ein Jahr keine Arbeitslosenhilfe beziehen, haben nach Ablauf dieses Jahres überhaupt keine Ansprüche mehr. Diese Frist wird auf zwei Jahre verlängert. Dies ist auch interessant für Arbeitslose, die sich selbständig machen. Zukünftig haben sie zwei Jahre Zeit um die Tragfähigkeit ihres Unternehmerdaseins auszuprobieren. Innerhalb dieses Zeitraums kann ein erneuter Antrag auf Arbeitslosenhilfe gestellt werden.

Noch etwas Positives: Ehegatten von Arbeitslosenhilfebeziehern dürfen mehr hinzuverdienen. Bisher führte die Aufnahme einer Arbeit des einen Ehegatten bei fortlaufendendem Arbeitslosenhilfebezug des anderen Ehegatten oft nicht zu merklichen Einkommensverbesserungen der Familie. Das soll mit der **Einführung neuer zusätzlicher Freibeträge** geändert werden. 1996 wird sich dieser zusätzliche Betrag auf 251,98 Mark belaufen.

Letzte Meldung: Die Arbeitslosenhilfereform, insbesondere die Kürzungen, werden bis zum 21.01.96 auf Eis gelegt. Dies ist ein Ergebnis der Kanzlerrunde vom 06.12.95 bei der sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf ein Bündnis für Arbeit verständigen wollten. Aber, wer glaubt noch an den Nikolaus? *noa*

Foto: *Delattre*

# Auf verlorenem Posten?

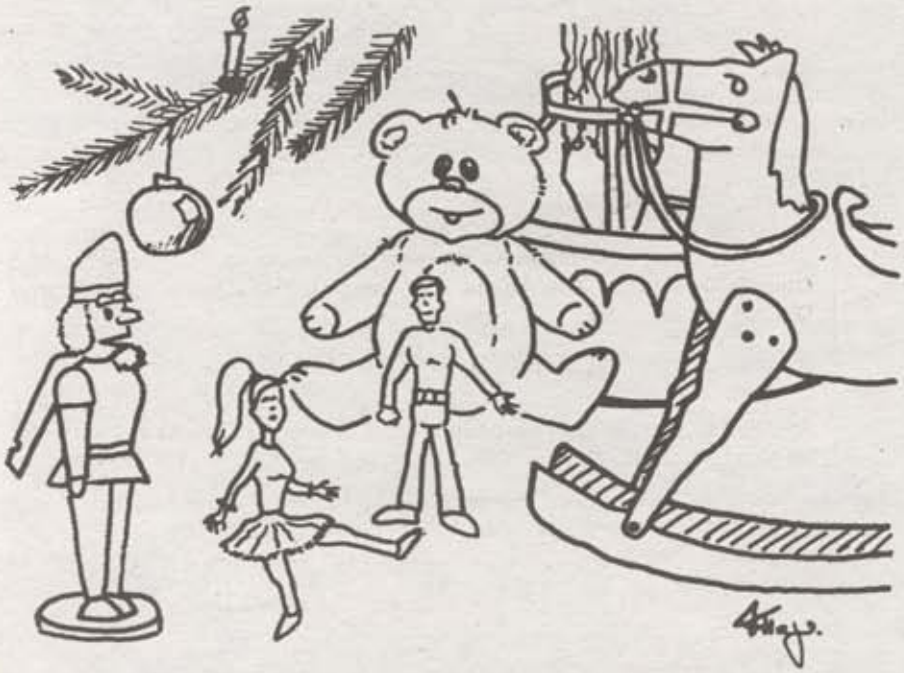
## Professoren-Fonds für arbeitslose Akademiker hatte schlechten Start

"Sie haben einen Versuchsballon gestartet, und der ist geplatzt." Wer sich solch herber Kritik von einem Kollegen ausgesetzt sieht, sollte eine kluge Antwort parat haben. Professor Dr. Gerhard W. Wittkämper vom Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) hatte eine Antwort. Er konterte mit Churchill: "*The beginning of the beginning* findet oft in kleinen Zirkeln statt, warten wir erst *the end of the beginning* ab." Seinem Aufruf, am 20. November im Schloß über einen Solidaritätsfonds für arbeitslose Akademiker zu diskutieren, folgten nur zwölf seiner 600 Kollegen.

Vielleicht lag's daran, daß Wittkämpers Idee auf das schmerzempfindlichste Organ des Menschen zielt, auf den Geldbeutel: Die Hochschullehrer der WWU sollen freiwillig jeweils für ein Jahr ein bis drei Prozent ihres Nettogehaltes abgeben. Das Geld soll arbeitsplatzschaffenden und berufsqualifizierenden Maßnahmen zugute kommen. Dazu könne man die Landesregierung auffordern, einen gleichen Anteil zu leisten. Die Rechtsform des Fonds könne ein gemeinnütziger Verein oder eine Stiftung sein.

Begründung: Die sich dramatisch zuspitzende Akademikerarbeitslosigkeit erfordere "auch von der Universität eine Antwort". 1994 waren 203.000 AkademikerInnen in Deutschland arbeitslos. Im Bereich des Fachvermittlungsdienstes des münsterschen Arbeitsamtes sind das 5100 Personen (vgl. *SPERRE* 5/95). Professor Wittkämper weiß, ein solcher Fonds kann "nur ein Tröpfchen auf den heißen Stein" sein. Entmutigen läßt er sich nicht: "Ich habe viele Dinge an dieser Universität gesehen, die in kleineren Kreisen begannen". Als nächstes stehe die Erarbeitung eines Satzungsentwurfs auf dem Programm. Bleibt nur zu wünschen, daß keinem seiner Kritiker je das treffende Bonmot Erich Kästners einfällt: "*Die einzige Position, die ein Moralist heutzutage einnehmen kann, ist der verlorene Posten.*" *uwi*

# Rätselgeschichte: Unterhaltung nach Mitternacht



Das geht bestimmt nie wieder raus." Teddybär Alfons kratzte an dem roten Fleck auf seinem Bauch. "Stell dich nicht so an", klapperte der Nußknacker mit seinen großen Zähnen. Alfons schluckte eine Träne herunter: "Zuerst war es ganz heiß und flüssig, als es von oben aus den Zweigen fiel. Jetzt ist es ganz hart und klebt in meinem Fell." "Das ist doch nur Kerzenwachs, du Memme", entgegnete der Nußknacker zornig. "Wenn ich meine Hände nicht ständig an die Hosennähte pressen müßte, würde ich es dir selbst rauskratzen." "Warum hat uns der dicke Mann mit dem langen Bart überhaupt hier unter den Baum gelegt?", fragte Alfons. "Wußte der nicht, daß die Eltern heute abend die Kerzen anzünden würden?" "Klar wußte er das"; knurrte der Nußknacker. "Der ist doch nicht blöd. Das ist eben so Brauch. Einmal im Jahr sollen die Wohnstuben im Lichterglanz erstrahlen, und die Kinder bekommen Geschenke." "Bekommen wir auch Geschenke?", fragte Alfons. "Du bist doch ein Geschenk, du Dummkopf", stöhnte der Nußknacker. "Warum, glaubst du, hat man dir ein Kärtchen um den Hals gebunden, auf dem steht: Für Paul?" "Muß ich das jetzt immer tragen? Das Bändchen schnürt mir den Hals ab", fragte Alfons. "Unsinn,", sagte der Nußknacker, "der kleine Paul hat in der Aufregung nur vergessen, es heute abend schon abzunehmen." "Sind alle Kinder so wie Paul und Anna?", fragte Alfons. "Wie denn?", fragte der Nußknacker. "Erst hat Paul sich über mich gefreut," antwortete Alfons, "und Anna hat geheult. Dann haben sie sich gestritten und mich an den Armen fast entzwei gezogen. Dann packte Anna das Schaukelpferd aus, Paul fing an zu heulen und ließ mich achtlos hier unterm Baum liegen, um sich mit seiner Schwester zu prügeln." "Nein,", sagte der Nußknacker, "sie sind nicht immer so. Eigentlich sind sie ganz nett. Und mit der Zeit wird Paul auch merken, was er an dir hat. Heute abend waren eben alle ein bißchen durcheinander." "Singen alle Menschen so schlecht?", fragte Alfons. "Ich fand's schön", sagte Barbie und strich sich mit einer Bürste kleine grüne Nadeln aus ihrem goldenen Haar. "Die vielen Lichter und die hübschen Lieder." "Ich auch, denn ich war wieder einmal der Star des Abends", sagte Ken und betrachtete grinsend sein Spiegelbild in der silbernen Glaskugel, die von einem der Zweige herab direkt vor seiner Nase hing. "Blödmann!", raunte der Nußknacker. "Die haben gar nicht alle gesungen", wieherte das Schaukelpferd leise, "Der Großvater hat nur die Lippen bewegt." "Die Lieder klangen schrecklich", schluchzte Alfons: "Der Vater hat keinen Ton getroffen." "Könnt ihr eigentlich nur rummeckern?", fragte der Nußknacker. "Ich mache diesen Zirkus schon seit Jahren mit. Jedesmal schenkt die Mutter dem Vater Socken, eine Krawatte und Rasierwasser, und er schenkt ihr Ohrringe und Parfum. Jedesmal streiten sich die Kinder, und der Großvater schläft zum Schluß vor dem Fernseher ein. Und trotzdem: Irgendwie ist es doch immer wieder schön, und mir wird ganz anders um mein hölzernes Herz." "Ich fand's auch schön", sagte Barbie. "Ich war der Star des Abends", sagte Ken. "Das wissen wir bereits", sagte der Nußknacker. "Müssen wir einen solchen Abend noch einmal mitmachen?", fragte Alfons. "Nein", sagte der Nußknacker. "Für euch Geschenke gibt es diesen Abend nur einmal im Leben." "Und für dich?", fragte Alfons. "Einmal im Jahr, solange ich lebe", antwortete der Nußknacker. "Warum sagt eigentlich das Geschenk für den Großvater nichts?", fragte Alfons. "Du meinst die Taschenuhr?", fragte der Nußknacker. Alfons nickte. "Die ist kaputt", antwortete der Nußknacker. "Woher weißt du das?", fragte Alfons. "Sie steht", sagte der Nußknacker. "Mitternacht ist längst vorrüber, und ihre Datumsanzeige zeigt immer noch keine 25." "Wieso?", fragte Alfons. "Welches Datum hatten wir denn gestern?" uwi

**Genau diese Frage sollt ihr beantworten: An welchem Datum findet einmal im Jahr dieser Abend statt, den unsere Geschenke gerade hinter sich haben, und wie heißt er?**

**Schreibt die Antwort auf eine Postkarte und schickt sie uns bis zum 12. Februar 1996. Unsere genaue Adresse findet ihr auf Seite 3.**

**Und das gibt es zu gewinnen:**

**1. Preis:** "Magor, der Zauberer" - ein magisches Spiel um Fliegenpilz und Schlangen zischen für Kinder im Alter von 5 - 8 Jahren; gestiftet von der **Spielecke 2** in Münsters ungewöhnlichem Kinderkaufhaus (**MuKK**).

**2. - 6. Preis:** Für die etwas älteren Kids - fünf Baseball-Mützen mit den dazugehörigen T-Shirts; gestiftet von **TITUS Roll Sport**.

## Sag meine Rose

*Sag meine Rose*
*Sag mein Engel*
*Wieso leben die Menschen nicht*
*wie die Blumen und Vögel*
*brüderlich zusammen*

*Sag mein Kind*
*Wieso stellt er sein Herz*
*nicht auf die Waage*
*Auf welcher Seite ist der Mensch*
*auf seiten des Friedens*
*oder des Krieges*
*der Liebe oder des Hasses*

*Sag meine Rose*
*Mein Herz ist für die*
*Liebe und Frieden*
*Die Menschen,*
*die den Fisch im Wasser*
*den fliegenden Vogel*
*das Baby im Mutterleib*
*die Wurzel in der Erde*
*und die schönen Blumen vernichten,*
*auf welcher Seite sind die Menschen*
*auf seiten des Friedens oder des Krieges*

*Sag meine Rose*
*Sag mein Engel*
*Wieso leben die Menschen nicht*
*wie die fleißigen Ameisen*
*und die Honigbienen*
*brüderlich in unserem Weltnest zusammen*

*Molla Demirel*

*Was bringt mir der Weihnachtsmann? Was bringt mir das neue Jahr?* Auf diese Schicksalsfragen am Ende jedes alten Jahres, kennt nicht einmal die *SPERRE* eine Antwort.
Wir wissen aber, was Ihnen der *Dicke Mann aus Oggersheim* 1996 bringen wird: Nichts Gutes. Denn sein Sack bleibt zugebunden bis obenhin. Für Sie ist da bestimmt nichts drin. Trösten Sie sich. Auch wenn die Politik nicht an Sie denkt, wir haben etwas für Sie übrig.
Nämlich die Antworten und GewinnerInnen des letzten *SPERRE*-Rätsels und einen Riesensack voll mit attraktiven Gewinnen für das neue Preisrätsel.
Die Antwort aus unserer **Kinderrätselgeschichte** lautete: ***Chile***. Gewonnen haben: **Fabian Sorgen, Berivan Karabudak, Isse Sander** und **Aischa Kösterke**, alle aus **Münster**. Viel Spaß mit den Büchern und Spielen.
Das Lösungswort für die **Erwachsenen** war ***Mobbing***. Die Gewinner sind **Colette Ossendorf** aus **Ahaus** und **Despina Paraskeva** sowie **Marga Chirazi** aus **Münster**.

**Nun zu unserem neuen Rätsel.**
Gesucht wird eine schwedische Erfindung aus dem letzten Jahrhundert. Ihre Anwendung ist zwar nicht besonders nobel, erwies sich aber für ihren Erfinder als Bombenerfolg. Na, kommen Sie drauf? Wenn nicht, könnte vielleicht unser Meisterdetektiv Sam Sperre dabei helfen, Ihre Denkblockade zu sprengen.
Das Lösungswort ergibt sich aus den umrandeten Feldern, und zwar von oben nach unten. Alle Fragen beziehen sich wie üblich auf Artikel dieser Ausgabe. Diesmal gibt es eine Menge zu gewinnen:

### Hauptpreise:

**3 mal zwei Karten** für die große Familienschau **"Holiday on Ice"** am **28. Dezember 1995 ab 20.00 Uhr** in der **Halle Münsterland**. Diese Karten gehen an die **ersten drei TeilnehmerInnen**, die uns per Postkarte oder am Telefon die **richtige Antwort** mitteilen.

### Weitere Preise:

**Einsendeschluß 01. Februar 1996 !!!**

**5 mal zwei Freikarten** für den **B&B Eispalast** in der Steinfurter Straße 109, Münster.
**3 Zehnerkarten** für die **Busse der Verkehrsgemeinschaft Münsterland.**
Wir bedanken uns bei den Spendern.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Glück.

**Professoren könnten Solidarität demonstrieren, wenn sie in ihn einzahlten**

**Organisation, gegen die Sam Sperre ermittelt**

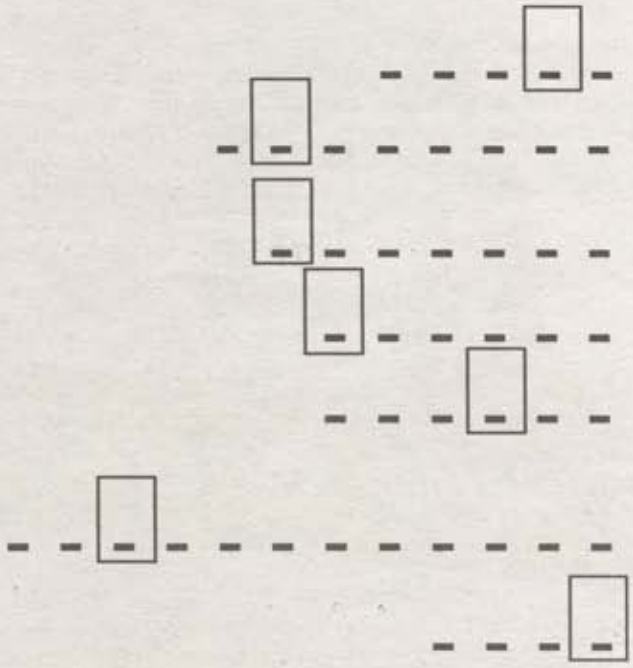
**Vorname des *"Wichts am Rhein"* - Der wird aber auch in jeder *SPERRE* durch den Kakao gezogen**

**Teddybär mit Wachs im Fell**

**Wortkarger Syndikatskiller, läßt meistens seine Webley für sich sprechen**

**Für ihre berufliche Zukunft finden sie in Feststellungsmaßnahmen keine ..... , beklagen viele Arbeitslose**

**Vertane .... ist rausgeworfenes Geld**



# Arbeitslose brauchen Medien e. V.

Achtermannstr. 7
Tel.: 511121

## Termine:

| | | |
|---|---|---|
| Mo - Fr | Allg. Öffnungszeiten | 10.00 - 16.00 h |
| Di | Schreibwerkstatt | 11.00 - 15.00 h |
| Mi | Offener Treff | 11.00 - 13.00 h |
| | Graphische Gestaltung | 13.00 - 15.00 h |
| Do, Fr | Beratung nach dem AFG | 11.00 - 13.00 h |
| Do | Blaue Gemeinschaft e.V. | 13.00 - 16.00 h |

**Weitere Termine nach Vereinbarung**

**An alle Sponsoren und die, die es werden wollen: Zeitung machen ist teuer. Deshalb freuen wir uns über jede Unterstützung. Wir bedanken uns bei:**

**Eispalast B & B**
Steinfurter Str. 109

**Halle Münsterland**
Albersloher Weg 32

**Spielecke im MUKK**
Königsstr. 59

**netz NRW**
Vorländerweg 28

**Stadtwerke Münster**
Albersloher Weg 27-31

**Titus Rollsport**
Von-Steuben-Str. 21

Spendenkonto siehe Impressum

Gegen eine Spende in Höhe von mindestens 20,-DM wird der/die SpenderIn namentlich in der nächsten Ausgabe der SPERRE erwähnt. Spenden für die SPERRE und damit an ihren Träger 'Arbeitslose brauchen Medien e.V' sind steuerabzugsfähig, eine Spenden-Quittung wird auf Wunsch ausgestellt.

# Arbeitslosenzentrum im c.u.b.a.

Achtermannstr.10 - 12

| | | |
|---|---|---|
| Mi<br>u. nach<br>Vereinb. | Projektberatung<br>Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen<br>**Tel.: 51 19 29** | 10.00 - 12.00 h |
| Mo u. Mi<br>Di u. Do | Arbeitslosenberatung<br>speziell für Langzeitarbeitslose<br>(Allgemeine Öffnungszeiten:<br>Mo - Fr 9.00 - 13.00 h,<br>Mo u. Do 14.00 - 18.00 h,<br>Di u. Mi 14.00 - 16.00 h)<br>**Tel.: 51 19 29 und 5 81 75** | 15.00 - 17.00 h<br>9.00 - 12.00 h |
| nach Vereinb. | Rat & Tat, individuelle Betreuung zur beruflichen Wiedereingliederung<br>**Tel.: 51 88 80** | |
| Di u. Do<br>Do | sic - Sozialhilfeberatung im c.u.b.a.<br>**Tel.: 5 88 56** | 10.00 - 12.00 h<br>14.00 - 16.00 h |
| Do<br>u. n. Vereinb. | Beratung für Schwangere und Alleinerziehende<br>**Tel.: 51 88 80** | 10.00 - 12.00 h |
| Mi | Sozialhilfesorgentelefon<br>ab 22.1.1996 montags<br>**Tel.: 4 35 44** | 15.00 - 17.00 h<br>9.00 - 11.00 h |